

4 57.291
16. 31. Dez. 1966

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Dezember 1966



Blatt 3954

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Baubehörde und Technik

=====

16. Dezember (RK) Am heutigen siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

"Bekanntlich erhöhen sich die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VII im Jahr 1967 um 10,35 Millionen Schilling und erreichen damit die Gesamthöhe von 221,5 Millionen Schilling. Die Mehrbeträge kommen vor allem dem Betrieb und der Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung, der Verwaltung der Friedhöfe, der Erhaltung der Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz, und zum Teil auch den Stadtforsten zugute.

Im einzelnen dazu folgende Erklärungen: An zwei Punkten berührt der Tätigkeitsbereich der von mir geleiteten Verwaltungsgruppe grundsätzliche Probleme der Existenz und Funktion unserer Stadt in besonderem Maß:

- bei der Anwendung der Bauordnung für Wien, und
- bei der Anwendung der Straßenverkehrsordnung.

Dreimal Wien

Die Bautätigkeit in unserer Stadt und der Verkehr, der in ihr vor sich geht, hängen davon ab, welche Funktion die Stadt Wien hat, wie gemäß dieser Funktion das städtebauliche Konzept aussieht, und welcher Generalverkehrsplan besteht, damit sowohl der Individual- als auch der Massenverkehr entsprechend den ersten beiden Voraussetzungen geregelt werden kann.

./.

Die Funktion Wiens ist bekanntlich dreischichtig: als Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern ist Wien eine Großstadt; auf Grund des Artikels 2 Absatz 2 der Österreichischen Bundesverfassung ist Wien ein selbständiges Land; und auf Grund des Artikels 25 ist Wien die Bundeshauptstadt der Republik Österreich und Sitz des Nationalrates.

Auf Grund der geschichtlichen Entwicklung, der geographischen Lage, der kulturellen Bedeutung sowie der einmaligen Lage im Schnittbereich der heute zweigeteilten Welt, kommt Wien zweifellos eine weltstädtische Bedeutung zu.

Es wäre an anderer Stelle zu erörtern, bis zu welchem Grad die Funktion Wiens in den verschiedenen angedeuteten Richtungen hin definiert worden ist; wie es sich mit der Anwendbarkeit des zuletzt im Jahre 1958 von Roland Rainer verfaßten und im Jahre 1961 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Konzept verhält; und welche Schlüsse und Anleitungen sich aus einem Generalverkehrsplan für die rechtzeitigen Vorsorgen, für den Massenverkehr und für den Individualverkehr ableiten lassen.

Alte Bauordnung widerspricht Planungskonzept

Je mehr folgerichtig der Zusammenhang in den Auswirkungen dieser drei Voraussetzungen ist, desto besser wird es der Baupolizei und den Magistratsabteilungen für technische und rechtliche Verkehrsangelegenheiten gelingen, nach Maßgabe der ihnen zustehenden Möglichkeiten das Notwendige und Zweckmäßige zu tun; je weniger dieser Zusammenhang gegeben ist, desto mehr wird man sich mit einem System von Aushilfen und mit Überbrückungsmaßnahmen behelfen müssen.

In diesem Zusammenhang muß so wie im Vorjahr darauf hingewiesen werden, daß die Bauordnung für Wien, die aus dem Jahre 1930 stammt, trotz zahlreichen seither ergangenen Teilnovellen weder der heute herrschenden Baugesinnung, noch dem Planungskonzept entspricht, so wie dieses von Roland Rainer in den fünfziger Jahren entworfen und am 31. Dezember 1961 vom Wiener Gemeinderat beschlossen worden ist; ja, man wird sagen müssen, daß sich Bauordnung und Planungskonzept in wichtigen Punkten widersprechen. Die Anwendung dieses Gesetzes durch die Magistratsabteilungen der Baupolizei, die ja ihre Tätigkeit nur auf Grund des Gesetzes ausüben dürfen, verschärft daher diese desparate Lage von Jahr zu Jahr.

Ähnliches ist von der Vorsorge für den Massenverkehr und für den Individualverkehr zu sagen. Solange wir mit jährlich steigenden Zahlen von Kraftfahrzeugen rechnen müssen, wird die Handhabung der Straßenverkehrsordnung durch unsere Techniker und Juristen schließlich im günstigsten Fall ein drohendes Chaos bändigen, keinesfalls aber endgültig entwirren und lösen können.

Es muß an diesem Punkt klar ausgesprochen werden, daß die künftigen Vorsorgen für den Massenverkehr und für den Individualverkehr (beide Probleme sind bekanntlich Punkt sechs und Punkt sieben des Planungskonzeptes von 1961) unter anderem zur Voraussetzung haben, daß auch die vorher genannten Punkte dieses Planungskonzeptes zu einer organischen Ausführung gebracht werden. Es sind dies: Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtgebiete, Entmischung von gemischt genutzten Wohngebieten, Bindung städtebaulicher Zentren, Vorsorge für den Raumbedarf der Wirtschaft, u.a.m. Hier muß in Erinnerung gerufen werden, daß das Planungskonzept vom Jahre 1961 nur vorsichtig und mit einiger Zurückhaltung das Problem der zweiten Ebene zur Abwicklung des Verkehrs angeht. Das dem Wiener Gemeinderat vorgetragene U-Bahn-Projekt ist im Planungskonzept 1961 kaum angedeutet. Wie die 1965/66 von Professor an der Technischen Hochschule Graz, Dipl.Ing. Dr. Josef Dorwirth, verfaßte Parkraumstudie Wien ergibt, ist aber der Stellplatzbedarf der Wiener Bevölkerung, und insbesondere der Arbeitsbevölkerung, nur in dem Fall zu befriedigen, daß der 'Ausbau eines leistungsfähigen, attraktiven, öffentlichen Massenverkehrsmittels' stattfindet; dieses derzeit noch fehlende Massenverkehrsmittel bezeichnet Prof. Dorwirth für die Bedienung der Ballungsräume mit ihrer Konzentration an Arbeitsplätzen für unentbehrlich.

Mit dem bisher Gesagten soll kein billiger Vorwurf an die Gegenwart erfolgen. Bekanntlich ist in der Gründerzeit der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel für den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stark ansteigenden innerstädtischen Verkehr zunächst der privaten Unternehmerinitiative überlassen worden; eine Ära Haussmann hat es im Wien der Gründerzeit nicht gegeben. Erst in der Luegerzeit ist es bekanntlich gelungen, die öffentlichen Verkehrsmittel in die Verwaltung des Magistrates einzubeziehen,

doch war die Zeit zwischen 1900 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu kurz, um die Wiener Verkehrseinrichtungen den Entwicklungen anzupassen, die sich insbesondere nach dem 1. Weltkrieg in anderen Weltstädten in rasanter Weise vollzogen haben. Die anerkannte Notlage der Zwischenkriegszeit hat zum Ausbau des Verkehrs nichts Wesentliches beisteuern können, wie dies in den Untersuchungen Bobek/Lichtenberger über die bauliche Gestalt und Entwicklung Wiens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wissenschaftlich erforscht worden ist. So steht also der jetzige Stadtmagistratsrat vor der schwierigen Aufgabe, unter einem Versäumnisse von gestern nachzuholen, und gleichzeitig für den Verkehr von morgen zu planen.

Das Planungskonzept des Jahres 1961 ist, was die Verkehrsplanungen angeht, in seinem analytischen Teil bedeutend ergiebiger als in den anschließenden Prognosen und Programmen. Mit Recht wird von kritischer Seite darauf hingewiesen, daß sich die Vorschläge zu sehr auf Detailprogramme für die nächsten Jahre beschränken, die keineswegs ausreichen, und überdies ausgesprochene Kompromißlösungen darstellen.

Das Ergebnis der Sitzung der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission vom 17. November hat, was das U-Bahn-Projekt und die Parkraumstudie angeht, diese Einschätzung bestätigt.

Aus dem Gesagten und aus verschiedenen anderen Erwägungen ergibt sich wohl die unabwiesbare Notwendigkeit, das aus den Einsichten der 50er-Jahre stammende Planungskonzept auf den heutigen Stand der Einsichten und Erkenntnisse fortzuschreiben, gleichzeitig aber die gesetzsvorbereitenden Arbeiten an einer neuen Bauordnung für Wien und an einer zeitgemäßen Straßenverkehrsordnung zu forcieren.

Aushilfen und Behelfsmaßnahmen

In dem Übergangszeitraum, der bis zur Heranziehung einer zweiten und dritten Verkehrsebene für die Abwicklung des Massenverkehrs und des Individualverkehrs verstreichen wird (dazu wird mit einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren, je nach Fortschritt des etappenweisen Ausbaues, zu rechnen sein), werden die technischen und administrativen Vorkehrungen in Verkehrsangelegenheiten, so wie sie die Magistratsabteilungen 46 und 70 treffen können, aus verständlichen Gründen in sinkendem Maße dem ansteigenden Druck der zu bewältigenden Vollmotorisierung gerecht werden können.

Diese mathematisch zu begründende Prognose muß an dieser Stelle deponiert werden, um eine eventuelle Überforderung des Systems von Aushilfen und Behelfsmaßnahmen, das für die Zeit des Nichtvorhandenseins einer weiteren Verkehrsebene erhalten muß, vor Überforderungen zu schützen. Die von Professor Dorfwirth verfaßte Parkraumstudie Wien ist bis dato der Öffentlichkeit in aller Form nicht bekannt gemacht worden; wohl aber hat die Magistratsabteilung 18 auf Grund dieser Studie ein vorläufiges Arbeitsprogramm ausgearbeitet, zu dessen Bewältigung andere Magistratsabteilungen, vor allem auch die Magistratsabteilung 46 und 70, die Gruppe Baupolizei und die Bundespolizeidirektion herangezogen werden. Als Schwerpunkte dieses Programmes werden erkennbar: schrittweise Erweiterung der Kurzparkzonen, Einführung von Parktarifen, Ausweisung von Parkgaragenbauplätzen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Klärung der Beteiligung der öffentlichen Hand am Bau von Parkgaragen, Novellierung des Wiener Garagengesetzes, und im Zusammenhang damit Berücksichtigung dieser Änderungen in der Bauordnung für Wien.

Technische Verkehrsangelegenheiten

Die Arbeitsvorschau der Magistratsabteilung 46 (technische Verkehrsangelegenheiten) für das Jahr 1967 konzentriert sich in einzelnen auf folgende Vorhaben: Fertigstellung beziehungsweise Fortsetzung bereits begonnener Verkehrslichtsignal-Bauvorhaben; Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen sowie Vorarbeiten für die Errichtung solcher, im Zusammenhang mit Bauvorhaben der Magistratsabteilungen 28, 29 und der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe; Blinklichtanlagen zur Sicherung von Schutzwegen in den Bezirken 1 bis 23; Verkehrslichtsignalanlagen an einzelnen Kreuzungen, die (im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion Wien) als besonders dringlich aus den zahlreich vorliegenden Anträgen ausgewählt worden sind. Umbau handgeschalteter Anlagen auf automatische Regelung.

Die Montage des leihweise zur Verfügung gestellten Computers in der Verkehrsleitzentrale des Generalinspektorats der Sicherheitswache, Verkehrsabteilung (Rossauer Kaserne) sowie der Einbau der erforderlichen Bodenschwellen in den Stauräumen der Kreuzungsstellen und deren kabelmäßige Verbindung mit der Leitzentrale, ist beendet. Der inoffizielle Probetrieb ist im Gang, der offizielle Probetrieb beginnt voraussichtlich Mitte Jänner 1967. Wie erinnerlich, haben wir in Aussicht genommen, das Ergebnis des Probebetriebes einer Begutachtung durch einen unabhängigen Experten zu unterwerfen. Es ist dies der Vorstand der Lehrkanzlei für Straßenwesen der Technischen Hochschule Wien.

Ohne dem Ergebnis dieser wissenschaftlichen Begutachtung vorgehen zu wollen, darf vielleicht schon jetzt auf eine Feststellung aufmerksam gemacht werden, die in der November-Nummer der elektronik-Zeitung, die in Zusammenarbeit mit der Londoner "Electronics Weekly" in Stuttgart erscheint, abgedruckt worden ist. Der Bericht beschäftigt sich mit einem Besuch ausländischer Experten in Wien und erwähnt dabei den Probetrieb des Computers in der Verkehrsabteilung Rossauer Kaserne; wörtlich heißt es:

'Im Hinblick auf die verkehrsabhängige Steuerung, ist Wien am fortgeschrittensten. Dort werden nämlich schon jetzt 16 Kreuzungen von Rechner gesteuert, und zwar verkehrsabhängig. Sind doch bereits 36 Magnet-Detektoren an den besonders neuralgischen Verkehrspunkten der Kreuzungen in die Fahrbahn eingelassen.' Der Bericht verweist weiter darauf, daß es sich bei dieser Steuerung um eine Entwicklung einer österreichischen (wir wissen, es ist eine verstaatlichte) Firma handelt.

Im Anschluß daran darf ich dem Gemeinderat über ein neu entwickeltes 'Kleinverkehrssignalgerät' berichten. Dieses Gerät eignet sich für die, vor allem in den Rastervierteln anzutreffenden, geradeaus führenden Straßenzüge, wo diese geeignet sind, parallel dazu verlaufende, stark frequentierte Straßen zu entlasten. Bekanntlich werden solche Straßen von den Kraftfahrern nur widerstrebend befahren, weil die dauernde Begleitung der nicht geregelten Nebenstraßen den Verkehrsfluß stark behindert. Die Errichtung von koordinierten Verkehrslichtsignalanlagen in solchen Straßenzügen wird aus finanziellen Gründen vorerst noch nicht möglich sein, da es in der Rangordnung der Bedürfnisse unabweisbar

wichtigere Notwendigkeiten gibt (Signalisierung von Unfallkreuzungen, Neubauten im Zuge der Straßenbauvorhaben, usw.). Über Wunsch der M. Abt. 46 wurde von einer Wiener Firma ein neues Kleingerät entwickelt; dieses erlaubt es, eine größere Zahl hintereinander liegender Kreuzungsstellen mit je zwei vierseitigen Hänampeln einfacher Art zu regeln. Die Schaltmöglichkeiten sind: "Aus", "Gelbblinklicht" und "Automatik". Es ist hiezu keine Kabelverbindung zwischen den einzelnen geregelten Kreuzungen notwendig, und auch die Schaltgeräte können ohne Betonfundament am Lichtmast und dergleichen in einfachster Art montiert werden. Die Koordination wird fest eingestellt, die Synchronisierung erfolgt in Abhängigkeit der Netzfrequenz des Wiener Lichtnetzes.

Die Kosten einer solchen sehr vereinfachten, koordinierten Synchronisierung werden einen Bruchteil der Kosten für die derzeit üblichen und im Stadtzentrum sicher weiterhin notwendige Bauart ausmachen. Die Magistratsabteilung 46 wird im Einvernehmen mit der M. Abt. 33 ein Angebot für einen geeigneten Straßenzug außerhalb der Gürtelstraße einholen, und ich werde darnach zutreffendenfalls antragstellend im Gemeinderatsausschuß VII und im Stadtsenat berichten.

An dieser Stelle möchte ich mich mit den verständlichen Vorwürfen hinsichtlich der Haltbarkeit der Farben der Bodenmarkierungen beschäftigen. Wir sind bestrebt, alle erreichbaren Angebote des Marktes, soweit irgendeine Hoffnung besteht, geeignete Materialien zu erlangen, zu durchforschen: das Ergebnis dieser Bemühungen ist vorläufig unzulänglich. Es werden daher auch andere, erfolgversprechende Versuche fortgesetzt, zum Beispiel die Anbringung von Plastikfolien und dergleichen.

Für das Jahr 1967 sind noch vor dem Erscheinen der Parkraumstudie eine Reihe von Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Wiener Straßen geplant worden; ich erwähne im einzelnen: Festlegung von weiteren Vorrangstraßen, in Verbindung mit der Festlegung von Spitzenzeithalteverboten; Festlegung und Ausdehnung des Netzes von Einbahnstraßen; Verordnung von Linksabbiegeverboten; Festlegung weiterer Blauer Zonen; Erhöhung der erlaubten Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h auf 60 km/h bzw. 70 km/h auf dafür geeigneten Straßenzügen. Schließlich muß in diesem Zusammenhang auf die gute Zusammenarbeit, die zwischen den Magistratsabteilungen der von mir geleiteten Verwaltungsgruppe und der Bundes-Polizeidirektion Wien besteht, hingewiesen werden.

Die Pressekonferenzen, die ich zusammen mit dem Herrn Polizeipräsidenten von Wien in regelmäßigen Abständen (abwechselnd im Wiener Rathaus und in der Rossauer Kaserne) veranstalte, helfen bei der Aufklärung und konfrontieren die Behörde regelmäßig mit der Kontrolle, der Kritik und den Vorschlägen der Verkehrsteilnehmer.

Zwischen dem Herrn Polizeipräsidenten und mir besteht Einvernehmen darüber, daß die Verkehrssicherheit nach bester Möglichkeit gewährleistet und bei allen Alternativlösungen den Vorrang genießen muß, die Funktion der Massenverkehrsmittel garantiert bleibt, und dem Wirtschaftsverkehr im weitesten Sinn geholfen werden muß.

Im Zusammenhang mit dem Thema Verkehrssicherheit möchte ich dem Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Kommissionen zur Ablegung der Lenkerprüfung vorlegen. 2.203 Kommissionen haben 38.607 Kandidaten geprüft. Von diesen Kandidaten haben 49,5 Prozent die Prüfung bestanden (19.121), und 50,5 (19.486) nicht bestanden. Von den reprobieren Kandidaten wurden 8.412 wegen mangelnder Kenntnis der gesetzlichen Vorschriften, 2.602 wegen Unkenntnis der vom Standpunkt der Sicherheit notwendigen technischen Belange, und 8.472 Kandidaten wegen mangelnden Befähigungsnachweises bei der praktischen Prüfungsfahrt und unrichtiger Beurteilung der Verkehrslage zurückgestellt.

Noch schärfer war die Auslese bei den 24 Kommissionen für die 159 Fahrschullehrer bzw. Fahrlehrer-Kandidaten. Nur 30,8 der Kandidaten haben die Prüfung bestanden, 69,2 Prozent wurden reprobieren.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Von dem umfangreichen Tätigkeitsbericht der Magistratsabteilung 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) möchte ich vor allem die Mitwirkung bei der Ausstattung des Individualverkehrs mit Taxis erwähnen. Die Zahl der ausgegebenen Konzessionen beläuft sich derzeit auf 1.891 Vollkonzessionen und vier Halbtagskonzessionen. Damit nähert sich die Zahl jener Summe, die vor einiger Zeit im Verhältnis zur Stadt München errechnet worden ist.

Vielfach wird behauptet, daß die Ausnutzung dieses wichtigen Beförderungsmittels unseres Individualverkehrs noch in Einzelfällen verstärkt werden könnte, wenn der Einsatz einzelner Taxifahrzeuge ein zumutbares Maximum an Zeit tatsächlich erreichen würde. Die zur Zeit anhängigen Tarifverhandlungen, die unter Einschaltung der Handels- und der Arbeiterkammer vor sich gehen, haben vorläufig nur zur Anrechnung eines starren Zuschlages von drei Schilling zur Grundtaxe geführt; das endgültige Ergebnis der bei der Magistratsabteilung 70 im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen zu führenden Verhandlungen bleibt abzuwarten.

Baupolizei

Nun zum Geschäftsbereich der Gruppe Bahnpolizei: Vergleichsweise ziehe ich zur Beurteilung der Arbeitslage in der Gruppe Baupolizei den Bericht der Magistratsabteilung 36 (das sind die Bezirke 1 bis 9 und 20) heran. Dort hat der Akteneinlauf im Jahre 1966 neuerdings zugenommen. Wohl ist die Anzahl der behandelten Bau- und Benützungsbewilligungen gesunken. Diese Tatsache läßt aber nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß die Bautätigkeit im Sinken begriffen war. Die Anzahl der bewilligten Wohnungen ist nämlich im Vergleich zum Jahre 1965 von 1.754 auf 2.155 gestiegen, und die Zahl der zur Benützung freigegebenen Wohnungen von 2.188 auf 2.718.

In der Magistratsabteilung 37 fällt in der Leistungsübersicht die prozentuelle Zunahme der Dienststücke auf, die sich auf Sommer-, Garten- und Badehütten bezieht (30 Prozent). Der Wunsch nach der Behausung im Grünen findet also in beträchtlichem Ausmaß seine Verwirklichung. Zunächst die Maßnahmen gegen das wilde Bauen: Die Grundsätze, nach denen ich die einschlägige Tätigkeit der Gruppe Baupolizei leite, habe ich dem Gemeinderat bereits in meiner Budgetrede vom Jahre 1964 verlautet; sie haben sich seither nicht geändert. Bekanntlich wird neben der routinemäßigen Überwachung ab dem Jahre 1962 in den Monaten April bis Oktober eine zusätzliche Überwachung an Samstagen durch Organe der Baupolizei durchgeführt. Im April dieses Jahres wurde in der Magistratsabteilung 37 ein spezielles Referat zur Bekämpfung des

wilden Bauens geschaffen. Dieses Referat gliedert sich nach der örtlichen Lage der Gemeindebezirke in vier Gruppen. Soweit "nicht technisches Personal" für die Tätigkeit dieses Referates herangezogen worden ist, wurde es speziell für diese Aufgabe geschult. Bei der Durchführung der Aktion ist ein erheblicher Mangel der derzeitigen Bauordnung für Wien zutage getreten. Nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen besteht keine Vorschrift dazu, daß auf der Baustelle der Baubewilligungsbescheid aufliegt, eine dahin zielende Änderung der Bauordnung für Wien ist in Vorbereitung. Es bedarf daher vorläufig eines zeitraubenden Vergleichsverfahrens, bei dem jede aufgefundene Bauführung im Erhebungsbogen bzw. im Stadtplanblatt eingetragen wird, um am gleichen Tage in der jeweiligen Dienststelle der Baupolizei nachprüfen zu können, ob eine Genehmigung für die festgestellte Bauführung vorhanden ist. Um über den Umfang der Tätigkeit des neu geschaffenen Referates Aufschluß zu geben, sei mitgeteilt, daß in den Monaten Juli bis Oktober 51 Siedlungen und Kleingartengebiete mit etwa 4.500 Objekten erfaßt worden sind. In der gleichen Zeit wurden 71 Baueinstellungen verfügt und 68 Abtragungsaufträge erteilt.

In einem gewissen Zusammenhang mit dem Gesagten, muß ich ein spezielles Problem aufzeigen, das unsere konsequenten Maßnahmen gegen das wilde Bauen erst recht zutage gefördert haben. Ich meine Mißstände, die da und dort bei der Unterbringung von ausländischen Arbeitskräften herrschen. Ende November hat bei der Magistratsdirektion eine Amtsbesprechung stattgefunden, und zwar auf Wunsch verschiedener Großbaufirmen, die selbst auf Klarheit betreffs der Errichtung von Provisorien zur Unterbringung von ausländischen Arbeitskräften gedrungen haben.

Es soll hier nicht auf Schwierigkeiten eingegangen werden, die sich aus dem illegalen Zuzug von Ausländern ergeben, die als angebliche Touristen ins Land kommen, um hier als Arbeitstätige zu bleiben; das Problem ist vielmehr in den Fällen vorhanden, in denen es sich um die ordnungsgemäße Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften handelt, wobei es aber an der geeigneten Unterbringung dieser Arbeitskräfte mangelt. Hier gibt es zum Beispiel krasse Zustände, die an Verhältnisse der Frühgründerzeit erinnern. ./.

In den modernen Industriestaaten des Westens wird daher bereits seit einiger Zeit der Grundsatz gehandhabt, daß der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte erst dann von den zuständigen Behörden genehmigt wird, wenn vorher bereits nicht nur der Arbeitsplatz, sondern auch die entsprechende räumliche Unterbringung gesichert worden ist.

Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich Ihnen mitteile, daß die Gruppe Baupolizei den Auftrag hat, in allen Fällen einzugreifen, in denen die unzumutbare Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte festgestellt wird (hiebei handelt es sich regelmäßig um schwere Verstöße gegen die Bauordnung) oder in denen zum Abbruch bestimmte Objekte unter Ausnutzung der Notlage an Unterkunftssuchende gegen überhöhten Entgelt überlassen werden. Hier ist der Fall zu erwähnen, in dem Unterkunftsstellen für 180 und 200 Personen gewährt werden und dabei von einem Inhaber monatlich rund 50.000 Schilling verdient werden. Im Gegensatz dazu erwähne ich ausdrücklich jene Großfirmen, und auch den Magistrat der Stadt Wien, die sich bemühen, für die Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte einwandfrei zu sorgen.

Wir hoffen, daß durch die Zusammenarbeit der Baupolizei mit den Organen der Bundespolizei sowie den Einrichtungen unseres Gesundheitswesens, Übelständen radikal vorgebeugt wird; solche Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber Unzukömmlichkeiten dürfen aber nicht über die Notwendigkeit hinwegtäuschen, die sich für alle Interessenten daraus ergeben muß, daß ausländische Arbeitskräfte in Österreich nicht nur mit Arbeitsplätzen, sondern auch mit Unterkunftsstellen rechtzeitig vor ihrem Eintreffen versorgt werden sollen.

Im Zusammenhang mit den eingangs gemachten grundsätzlichen Ausführungen, möchte ich noch die Mitarbeit der Gruppe Baupolizei bei den gesetzesvorbereitenden Arbeiten zur Novellierung der Bauordnung für Wien und des Wiener Garagengesetzes erwähnen. Die Notwendigkeit einer tunlichen Beschleunigung dieser gesetzesvorbereitenden Maßnahmen soll an dieser Stelle noch einmal unterstrichen werden.

Stadtvermessung

Im Tätigkeitsbericht und in der Vorschau einer jeden Budgetrede steht mit dem Leistungsbericht der Gruppe Baupolizei der Hinweis auf die Funktion der Stadtvermessung in einem wesentlichen Zusammenhang. In dem zu Ende gehenden Jahr 1966 liegt der Anfall an Dienststücken in der Stadtvermessung gegenüber dem Jahresdurchschnitt vor etwa zehn Jahren um 130 Prozent höher; dem steht eine Vermehrung des Personalstandes von nur zwölf Prozent gegenüber. An diesem Punkt wird das wachsende Dilemma des öffentlichen Dienstes sichtbar, das sich aus dem steigenden Personalmangel der Landes- und Stadtbaudirektionen in ganz Österreich ergeben hat; die Gebietskörperschaften sind im verstärkten Maße auf die Vergabe von Arbeiten an Zivilingenieure angewiesen; in Falle der Stadtvermessung beträgt die Auftragssumme des Jahres 1966 bereits 5,6 Millionen Schilling.

In dem Fortschreiten der laufenden Arbeiten der Stadtvermessung sei vor allem die Tätigkeit in der Luftbildmessung herausgestellt; in diesen Jahre wurden 20 neue Blätter ausgewertet, und zwar durchwegs solche, die das dicht verbaute Stadtgebiet zeigen.

Bis dato liegen 316 durch Luftbildmessung neu kartierte Stadtkartenblätter vor, von denen 254 kartographisch fertiggestellt und 234 Blätter gedruckt worden sind. Bekanntlich verwaltet die Plan- und Schriftenkammer die Auflage dieser Blätter, die hiezu meldet, daß von den im Jahre 1961 gedruckten Blättern 42 neu aufgelegt worden sind. Im Jahre 1966 war die alle fünf Jahre fällige Herstellung des neuen Luftbildplanes 1:5000 fällig. Die Aufnahmen sind sehr gut gelungen, die Vervielfältigungsarbeiten sind im Gang.

Sehr umfangreich waren verschiedene Montagearbeiten, wodurch vorhandene Vermessungsunterlagen mosaikartig zu neuen Plänen zusammengearbeitet werden können. Auf diese Weise wurden unter anderem die Plangrundlagen für den internationalen Planungswettbewerb 'Südrand Wien' und sehr viele Pläne für die generelle Projektierung der U-Bahn-Linien angefordert.

Für die Projektierung der Ustrab- beziehungsweise U-Bahn-Linien wurden umfangreiche Lage- und Höhenpläne in Auftrag gegeben, wobei die unterirdische Vermessung der Kanäle und Keller

sowie die Behinderungen durch den Verkehr große Schwierigkeiten mit sich brachten.

Ein bleibendes Verdienst der Stadtvermessung, wird ihre beispielgebende Tätigkeit bei der Planung mittels Netzplantechnik bleiben. Es ist heute allgemein bekannt, welche Bedeutung die in rascher Entwicklung begriffene Netzplantechnik gewinnt. Sie ist heute nicht nur in Stadtbaudirektionen zu Hause, sondern auch da und dort in der öffentlichen Verwaltung. Es wäre denkbar, bei der Magistratsabteilung 41 den Versuch einer Reform der Verwaltungstätigkeit zu exemplifizieren, in dem sich wahrscheinlich das integrale Zusammenwirken der Netzplantechnik, der elektronisch gesteuerten Apparaturen und der neuartigen Tätigkeit der Programmierer bewähren könnte.

Öffentliche Beleuchtung

Lassen Sie mich jetzt zu einem ganz anderen Geschäftsbereich übergehen, nämlich zu dem der Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung.

Für die öffentliche Beleuchtung in Wien gilt seit jeher der Grundsatz, daß die Anzahl der in Betrieb stehenden Lampen im Schritt mit dem Zuwachs an Kraftfahrzeugen steigen soll; im Durchschnitt der letzten zehn Jahre konnte dieser Grundsatz etwas eingehalten werden. Gewisse budgetäre Beengtheiten, mit denen die öffentliche Beleuchtung seit dem letzten Rechnungsjahr rechnen mußte, müssen notwendigerweise dazu führen, daß künftig die Anzahl der in Betrieb stehenden Lampen hinter dem Zuwachs an Kraftfahrzeugen nachhinkt. Bisher konnten wir im Wirtschaftsbericht der Magistratsabteilung 33 stets darauf hinweisen, daß durch den Einsatz von wirtschaftlicheren Lichtquellen (Gasentladungslampen) die Ansprüche an die Versorgung mit elektrischer Energie verhältnismäßig zurückgehen, und zwar trotz Vermehrung der Lampenzahlen. Dieser Vorteil wird aber durch die Erhöhung der Gesamtstromkosten und durch andere steigende Kostenfaktoren leider wettgemacht. Für das Jahr 1967 standen wir vor der Alternative, bei begrenzten finanziellen Mitteln entweder den Neubau zu forcieren, oder den Instandhaltungsanstreich, für den seit fast zehn Jahren die Mittelbereitstellung versagt worden ist, endlich in Angriff zu nehmen.

Wir sind dieser Alternative nicht aus dem Weg gegangen und haben die erreichbaren zusätzlichen Mittel für den Entrostungs- und Instandsetzungsanstrich gewidmet.

Eine wesentliche und oft unvorhergesehene Belastung der M.Abt. 33 ergibt sich daraus, daß andere Dienststellen Neubauten verursachen, wobei die M.Abt. 33 weder auf den Beginn dieser Arbeit noch auf den Zeitpunkt und den Umfang der erforderlichen Arbeiten maßgebenden Einfluß gewinnen kann. Gerade solche Engpässe könnten in Zukunft leicht vermieden werden, wenn man bei Planungen nach der Netzplantechnik auch die Funktion der M.Abt. 33 richtig und rechtzeitig einplanen würde. Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Verkehrs bei Umbauten getroffen werden müssen, zwingen die M.Abt. 33 nicht nur zu oft unvorhergesehenen Aufwendungen, sondern zur Unwidmung von Kreditbeträgen, die unter Verlangsamung der Vermehrung der Lichtpunkte dazu herhalten müssen, um provisorische Beleuchtungsanlagen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Die Kosten für eine einzige solche Anlage betragen zum Beispiel im Falle Matzleinsdorfer Platz 330.000 Schilling.

Versuchsanstalt

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der guten und erfolgreichen Tätigkeit unserer Städtischen Prüf- und Versuchsanstalt Erwähnung zu tun. Der Leiter der M.Abt. 39 konnte erst kürzlich auf dem österreichischen Ziegeltag in Graz einen viel beachteten Vortrag über die Beurteilungskriterien von Baustoffen und Bauweisen halten. In unserer Prüf- und Versuchsanstalt wird der erfolgreiche Versuch unternommen, Wissenschaft und Praxis in einen integralen Arbeitsvorgang zu verbinden. Die Arbeiten auf dem Gebiete der Wärmedämmung und der Schallmessung haben auch ein gewisses internationales Ansehen erlangt und wurden unlängst an technischen Hochschulen der Türkei demonstriert. Obwohl die wirtschaftliche Lage der Prüfungsanstalt als recht gut bezeichnet werden kann, war es bisher nicht möglich, die seit Jahrzehnten völlig unzulängliche räumliche Unterbringung der Anstalt zu verbessern.

Es ist daher sehr erfreulich, daß im Budget des Jahres 1967 eine erste Baurate für den Neubau einer Prüfanstalt, die in der Leberstraße errichtet werden soll, enthalten ist. Damit ist die Möglichkeit gegeben, im neuen Jahr mit dem Neubau zu beginnen, der mit größter Sparsamkeit durchgeführt werden soll.

Stadtforste

Die Jahreshauptversammlung des Wiener Naturschutzbundes hat neuerdings überzeugend nachgewiesen, daß Wien im Mittelpunkt einer der großartigen Erholungslandschaften im Herzen Österreichs liegt. Unsere Stadtforste stellen tatsächlich ein Haupterholungsgebiet für die Großstadtbevölkerung dar. Bei der Bewirtschaftung dieser Wälder, müssen daher geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Wohlfahrtswirkungen und zur Wahrung der traditionellen Kulturlandschaft angewendet werden. Wir wissen, daß dabei zuweilen die finanzielle Seite der Forstwirtschaft gegenüber den anderen, viel weiter gehenden Funktionen des Waldes, für die Allgemeinheit in einem dicht besiedelten Lebensraum zurücksteht. Nach einer Betrachtung von diesem Standpunkt aus, werden Sie es verstehen, daß uns bei der Pflege des Lainzer Tiergartens vor allem daran gelegen ist, diesen Mittelpunkt des Haupterholungsgebietes der Wiener von jedem mechanisierten Verkehrsstrom fernzuhalten und die Abwehr gegen die Zivilisationsüberflutung möglichst einzudämmen.

Erfreulicherweise steigt die Zahl der Besucher des Tiergartens (in letzten Jahr um 15 Prozent) und hat damit die Viertel Millionen-Grenze überschritten. Daneben soll die Anlage der Wanderwege nicht vergessen werden, die im Bereich der Forstverwaltung Neuwaldegg/Sievering stattgefunden hat. Denken wir vor allen immer wieder an die Neuforstungen im Bereich des Windschutzstreifens; auf der Kuppe des Laaer-Berges wurde die Aufforstungsfläche erweitert, im 22. Bezirk sind Neuaufforstungen gut angewachsen.

Das Jahr 1966 mit seinen Unwetterkatastrophen hat auch dem städtischen Waldbesitz beträchtlichen Schaden zugefügt. Der Gesamtschadholzanfall beträgt rund 14.000 Festmeter, ist aber im Vergleich mit dem Windwurf- und Bruchschaden bei den unliegenden Staats- und Privatforsten (570.000 Festmeter) gering. Mit der Aufarbeitung wurde sofort begonnen. ./. .

Zum Schluß will ich in diesem Zusammenhang erwähnen, daß zur Förderung der Waldgesinnung in der Großstadt im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien Schülerveranstaltungen anlässlich der 'Woche des Waldes' durchgeführt worden sind. Sie hatten den Zweck, der Großstadtjugend die forstlichen Probleme und die Bedeutung des Waldes näherzubringen.

Friedhöfe

Es gehört nun einmal zu den letzten Dingen, etwas von Tod und Begräbnis zu sagen. Nach dem zu Jahresschluß in der Leitung der Magistratsabteilung 43 eingetretenen Personalwechsel, wird derzeit in der Stadtbauamtsdirektion ein Plan für die künftigen Bauvorhaben und Organisationsaufgaben der Friedhofsbetriebe ausgearbeitet, der nach Neujahr mit der städtischen Bestattung besprochen werden soll.

Zwei Grundsätze sind in diesem Zusammenhang herauszustellen:

Nach dem verhältnismäßigen Fortschritt der Neuinvestitionen soll in den nächsten Jahren die Erhaltung der bestehenden Anlagen einen gewissen Vorzug genießen; dies hängt zum Teil auch mit der Tatsache zusammen, daß nach der in Aussicht genommenen Sperre einzelner Friedhöfe die Friedhofsverwaltung sich Klarheit darüber schaffen muß, wie viel an diesen Friedhöfen weiterhin getan werden soll, um den würdigen Charakter dieser Begräbnisstätten zu erhalten.

Die konsequenten Bemühungen zur Klärung aller Umstände bei katholischen Einsegnungen im Falle der Feuerbestattung, wurden auch in diesem Jahr fortgesetzt und zum Abschluß gebracht. Dankbar erwähne ich an dieser Stelle die Tätigkeit des Wiener Generalvikars Bischof Jakob Weinbacher, dessen Ausführungen, die er anlässlich des internationalen Kongresses für Feuerbestattung in Wien im Mai zum Thema 'Kirche und Feuerbestattung' gehalten hat, internationales Interesse gefunden haben. Kurz darnach hat der Erzbischof von Wien, Kardinal DDr. Franz König, die Krematorien in Simmering und in Stammersdorf besucht.

./.

Ich glaube, daß damit eine historische Wendung vollzogen ist, die ich als Katholik vor allem aus Gewissensgründen mit den mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten konsequent angestrebt habe.

Die Friedhofsverwaltung wird ihre Maßnahmen zur Eindämmung einer Versteinerung unserer Friedhöfe konsequent fortsetzen; sie wird dabei auf konkurrierende Interessen der Gärtner und der Steinmetze gerecht Bedacht nehmen, zumal sie erwarten darf, daß ein Ausgleich zwischen den Interessenten der Innungen innerhalb der nach dem Gesetz zur Vertretung befugten Kammer erfolgen wird. Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß es nicht unsere Absicht ist, dem Totenkult von amtswegen eine Einförmigkeit aufzuzwingen. Die bestehenden Anordnungen gestatten es den Hinterbliebenen, wahlweise jene Form der Gestaltung des Grabes zu wählen, die ihren Vorstellungen entspricht; es kann allerdings nicht Aufgabe der Friedhofsverwaltung sein, eine Art Denkmalschutz über die Art einer Friedhofsgestaltung zu übernehmen, die im Laufe der Geschichte geworden ist, und die auch im Ablauf der Geschichte sich wieder ändern wird.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Weihnachtsaktion der Favoritner "Polytechniker" für Hochwasseropfer
=====

16. Dezember (RK) 365 Schülerinnen und Schüler des Polytechnischen Lehrganges in Favoriten, Pernerstorfergasse 30, beziehungsweise Wienerfeld-Ost haben von sich aus eine große Hilfsaktion für Hochwasseropfer in die Wege geleitet. Die Initiative ging von der Mädchenklasse M 1 dieser Schule aus. Die Schülerinnen riefen alle ihre Jahrgangskollegen des 9. Schuljahres zur Sammlung von warmen Kleidungsstücken für Kinder, Schuhe, Spielzeug und nicht verderblichen Lebensmitteln auf. Die einlaufenden Spenden wurden in dem Lehrmittelzimmer gelagert, das als Zentralstelle für diese Aktion zur Verfügung gestellt wurde. Die gespendeten Kleider wurden auf ihre Brauchbarkeit überprüft und von den Mädchen nicht nur im Rahmen des Handarbeitsunterrichtes, sondern auch in der Freizeit ausgebessert. Die Schüler sammelten auch Geld, um die Kleider chemisch reinigen zu lassen. Die Mädchen ergänzten die Spenden durch eine Menge Selbstgestricktes.

Sehr umsichtig gingen die jungen Leute auch bei der Ermittlung der Empfänger der gesammelten Gaben zu Werke. Sie nahmen Verbindung mit den Bürgermeistern von Ferndorf in Kärnten und Kals in Osttirol auf und erhielten so Adressen von besonders hart betroffenen, kinderreichen Familien. Mit diesen Familien wurde dann ein brieflicher Kontakt hergestellt, um herauszubekommen, welche Sachen besonders dringend benötigt werden. Vor drei Tagen wurde in 50 Paketen insgesamt 350 Kilogramm Kleidung und Lebensmittel per Post nach Kärnten beziehungsweise Osttirol verschickt. Ein Lastwagen des ÖAMTC transportierte die Pakete von der Sammelstelle zum Postamt. Das Jugendrotkreuz half bei der Aufbringung der Postgebühren.

Erste Jahresabrechnung der Wiener Stadtwerke

=====

16. Dezember (RK) Wie von den Wiener Stadtwerken schon bei Einführung der Jahresabrechnung für Gas und Strom mitgeteilt wurde, erfolgt die Abrechnung des Jahresbeitrages für 1966 in den Monaten Jänner beziehungsweise Februar 1967. In den Bezirken 2, 4, 6, 8, 10, 11, 12, 14, 16, 18, 22 und Teilgebieten Niederösterreichs erfolgt sie im Jänner 1967 für den Verbrauchszeitraum November 1965 bis November 1966 und in den Bezirken 1, 3, 5, 7, 9, 13, 15, 17, 19, 20, 21, 23 und anderen Teilgebieten Niederösterreichs erfolgt sie im Februar 1967 für den Verbrauchszeitraum Dezember 1965 bis Dezember 1966.

Gleichzeitig mit der Verbrauchsabrechnung für das Jahr 1966 wird die erste Teilrechnung für das Jahr 1967 zur Zahlung vorgelegt. Die Kassiere der Wiener Stadtwerke werden Nachforderungen einheben und Guthaben der Kunden gegen Bestätigung auszahlen.

- - -

Der "Steffl" in weihnachtlicher Festbeleuchtung

=====

16. Dezember (RK) Gegenwärtig wird erstmals zur Vorweihnachtszeit der Stephansdom in den Abendstunden angestrahlt. Die Stadtverwaltung will mit dieser Aktion zur Verschönerung des Stadtbildes sowie zur Weihnachtsstimmung im Stadtzentrum beitragen.

Stadtrat Gertrude Sandner hat das Vorhaben mit Kardinal Erzbischof Dr. Franz König in einer Aussprache dahingehend geregelt, daß die Anleuchtung, die am ersten Adventsonntag begann, auch die Pestsäule am Graben und nach Abschluß der Fassadenerneuerung auch die Peterskirche miteinbezieht.

- - -

Schwedens Strauß-Experte bei Bürgermeister Marek

=====

Stockholmer Ingenieur gründete schwedische Johann Strauß-Gesellschaft

16. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek und Vizebürgermeister Felix Slavik empfangen heute im Wiener Rathaus Ing. Leif Johannisson, der von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien für seine Verdienste um die Wiener Musik hierher eingeladen worden war. Der 22jährige Schwede, blond, blauäugig und fast zwei Meter groß, ist in Stockholm durch einen Fernseh-Quiz populär geworden, bei dem man sich ein bestimmtes Thema wählen kann und dabei große Gewinnchancen hat. Ing. Johannisson wünschte sich das Thema "Johann Strauß, Sohn" und verblüffte nicht nur die Quizmaster, sondern auch gewiegte Musikwissenschaftler durch seine geradezu unglaublichen Detailkenntnisse. Er gewann den Quiz haushoch und ebenso einen zweiten mit demselben Thema gegen einen Herausforderer. Dadurch wurde auch die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien auf diesen skandinavischen Strauß-Enthusiasten aufmerksam.

Es stellte sich heraus, daß Leif Johannisson, als er als Bub Klavierspielen lernte, für Strauß zu schwärmen begann. Mit 16 Jahren, also im Jahr 1960, gründete er mit zwei gleichaltrigen Kameraden eine schwedische Johann Strauß-Gesellschaft, deren Kassier er bis heute ist. Im Laufe der Zeit sammelte er eine beachtliche Fachbibliothek, die nicht weniger als 30 Strauß-Biographien umfaßt. Seine Diskothek beinhaltet derzeit mehr als 500 Platten mit Straußmusik.

Durch seine intensive Beschäftigung mit seinem musikalischen Idol machte Johannisson zwangsläufig auch mit Österreich nähere Bekanntschaft. Er schloß sich der Schwedisch-Österreichischen Gesellschaft an und ist heute deren Sekretär. Im Privatberuf ist er Fachmann für Betriebsrationalisierungen, arbeitet also auf einem Gebiet, das von seinem musikalischen Hobby meilenweit entfernt ist.

Gestern war der junge Strauß-Experte Gast in der Rundfunksendung "Wien hat immer Saison", wo er von Walter Niesner interviewt wurde.

Bürgermeister Bruno Marek und Vizebürgermeister Felix Slavik unterhielten sich längere Zeit mit dem schwedischen Gast und waren von seinen genauen Kenntnissen von allem, was Strauß anbelangt, sehr beeindruckt. Der Bürgermeister überreichte ihm als Ehrengeschenk - was käme auch anderes in Frage - eine Johann Strauß-Statue aus Augartenporzellan und Reproduktionen von Strauß-Handschriften, deren Originale im Besitz der Wiener Stadtbibliothek sind.

Ing. Johannisson besuchte anschließend auch die Musiksammlung der Stadtbibliothek, wo ihm Professor Mittringer jene Schätze zeigte, die einen Strauß-Forscher besonders interessieren.

Auch Schweden feiert "100 Jahre Donauwalzer"

Dank der Bemühungen von Ing. Johannisson und seiner schwedischen Johann Strauß-Gesellschaft wird auch in Stockholm das 100 Jahres-Jubiläum des Donauwalzers festlich begangen werden. Am 4. Februar 1967 wird die Österreichisch-Schwedische Gesellschaft einen glanzvollen "Wiener Ball" veranstalten. Vom 12. bis 18. Februar findet in Stockholm eine große Johann Strauß-Ausstellung statt. Damit im Zusammenhang wird es auch eine Reihe anderer Veranstaltungen geben.

- - -

Vier Goldene Ehrenmedaillen der Stadt Wien überreicht
 =====

Historiker Benedikt, Maler Pauser, Komponist Siegl und Pädagoge
 Tesarek ausgezeichnet

16. Dezember (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses fand heute vormittag die feierliche Überreichung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold durch Bürgermeister Bruno Marek an den Historiker Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt, den akad. Maler Hochschulprofessor Sergius Pauser, den Komponisten Hochschulprofessor Otto Siegl und den Pädagogen Senatsrat i.R. Professor Anton Tesarek statt. Univ.-Prof. Benedikt wurde die Medaille anlässlich seines 80. Geburtstages in Würdigung seiner besonderen wissenschaftlichen Leistungen verliehen, Hochschulprofessor Sergius Pauser und Hochschulprofessor Otto Siegl sowie Professor Anton Tesarek erhielten die Medaillen anlässlich der Vollendung ihres 70. Lebensjahres in Würdigung ihrer besonderen künstlerischen beziehungsweise pädagogischen Leistungen.

An der Überreichungsfeier, bei der die Kammermusikvereinigung des Österreichischen Rundfunks den ersten und vierten Satz aus dem Streichquartett in G von Otto Siegl spielte, nahmen mit Bürgermeister Bruno Marek Erster Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, die Stadträte Hans Bock, Maria Jacobi, Hubert Pfösch, Dr. Pius Prutscher, Gertrude Sandner und Dr. Maria Schaumayer sowie Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl teil. Ferner waren zahlreiche Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens unserer Stadt erschienen.

Kulturstadtrat Gertrude Sandner stellte den Festgästen die vier neuen Medaillenträger vor:

Der Historiker

"Emerit Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt kann auf ein reiches wissenschaftliches Schaffen und auf eine zwar kurze, dafür aber unso intensivere akademische Lehrtätigkeit als hervorragender Fachmann für neuere Geschichte blicken. Seine materielle Unabhängigkeit erlaubte es ihm, sich zunächst als Privatgelehrter ganz der Wissenschaft zu widmen.

Er machte die Geschichte der neueren Zeit unter besonderer Berücksichtigung der kulturhistorischen Zusammenhänge der führenden Nationen Europas zu seinem speziellen Arbeitsgebiet, das sich dann immer mehr auf Österreich konzentrierte.

Seine Forschungen ergaben die wertvollsten Resultate und finden in der Fachwelt größte Beachtung. Besonderes Interesse für uns dürfen seine Untersuchungen über die Vergangenheit Österreichs beanspruchen, dessen historische Entwicklung er bis in die jüngste Zeit verfolgt, sowie seine Ausführungen über den angelsächsischen und romanischen Kulturkreis, denen viele Hörer ein besseres Verständnis der europäischen Völker verdanken. Auch aus der nach der Emeritierung erfolgten Übernahme der Leitung des Universitätsinstituts für Zeitungswissenschaft ergaben sich für ihn wichtige Aufgaben, denen er lange seine volle Kraft widmete.

Für seine Leistungen wurden ihm verschiedene Auszeichnungen, darunter der Preis der Stadt Wien für Geisteswissenschaften, verliehen, der ihm als schöner Anerkennungsbeweis seiner engeren Heimat, die in den Emigrationsjahren das dauernde Ziel seines Sehnsens war, gewiß viel Freude bereitet hat. Fiel ihm der Abschied vom Lehramt umso schwerer, weil er dieses erst verhältnismäßig spät übernahm, so hat er doch durch sein ständiges Weiterarbeiten als wissenschaftlicher Autor ein Betätigungsfeld gefunden, das ihn dauernd festhält.

Der Maler

Hochschulprofessor Sergius Pauser hat sich durch seine fruchtbare Tätigkeit als freischaffender Künstler und als hervorragender Lehrer und Jugendbildner um das heimische Kunstwesen besondere Verdienste erworben und genießt auf seinem engeren Arbeitsgebiet, dem Porträt- und dem topographischen Landschaftsbild, auch im Ausland großes Ansehen. Seine Leistungen fanden Anerkennung in Form von öffentlichen Aufträgen, Preisen und Auszeichnungen, von denen manche nur ganz selten verliehen werden. Darunter befindet sich auch der Preis der Stadt Wien. Eine beträchtliche Anzahl seiner Werke ging in den Besitz bekannter staatlicher und privater Sammlungen über.

Professor Pauser hat nach gründlicher Vorbereitung in seiner Heimatstadt einen dauernden Wirkungskreis mit allen Möglichkeiten zu fruchtbarster Berufsarbeit gefunden und ihn nur verlassen, um auf Studienreisen neue Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln. Die modernen Bestrebungen der Secession, eines Sammelpunktes vieler vorwärtsdrängender Kräfte, wurden auch für ihn zum Ausdruck seines Wollens; er trat dieser angesehenen Künstlervereinigung schon frühzeitig bei.

Rasch erwarb er sich den Ruf eines international anerkannten Porträtisten und Landschaftsmalers persönlichen Stils, dessen Werke fast auf jeder großen Ausstellung des In- und Auslandes vertreten waren. Auf Grund seines überragenden Könnens wurde ihm die Leitung der Meisterklasse für Bildnismalerei an der Akademie der bildenden Künste übertragen. Auch zum Professorenkollegium der Meisterschule für Kunsterziehung gehört er und übt sein Lehramt in einer Weise aus, die ebenso für seine Eignung zum Pädagogen spricht, wie sie zeigt, daß er sich seiner hohen Verantwortung bei der Ausbildung unserer Nachwuchskräfte stets bewußt ist.

Der Komponist

Hochschulprofessor Otto Siegl ist zwar in Graz geboren, fühlt sich aber der Musikstadt Wien durch sein fruchtbares kompositorisches Schaffen und durch seine verdienstvolle pädagogische Tätigkeit seit langem fest verbunden. Nicht wenige seiner von einer starken künstlerischen Persönlichkeit geprägten Werke sind in dem Wirkungskreis entstanden, den er bei uns fand. Seine Liebe zur Musik und seine durch gründliche Studien und vielfache Aktivitäten in der Praxis zu meisterlichem Können gesteigerte große Begabung ließ ihn einen Beruf ergreifen, für den er bestimmt war und in dem er aufging.

Heute ist er einer der angesehensten österreichischen Komponisten, dessen durch optimistische Lebenseinstellung natürliche Tonsprache und perfekte Satztechnik gekennzeichnètes Schaffen alle Sparten der Vokal- und Instrumentalmusik mit Ausnahme der Oper umfaßt und in weitesten Kreisen stärkste Resonanz findet, weil es sich jeder einseitigen Stilbindung widersetzt, weil es sich stets zur künstlerischen Wahrheit bekennt und seine Verbundenheit mit den musizierenden Menschen bezeugt.

Es ist sehr erfreulich, daß sich auch seine hervorragenden erzieherischen Fähigkeiten in Ausübung des Lehramtes an der Staatsakademie auswirken, wo er an der Abteilung für Musiktheorie und in der Kapellmeisterschule seit langen erfolgreich tätig ist. Desgleichen fungiert er als Mitglied des österreichischen Kunstsenats.

Der Pädagoge

Es gibt in Österreich kaum einen Lehrer, Erzieher und Volksbildner, dem der Name von Senatsrat Professor Anton Tesarek nicht seit langem ein Begriff ist. Auch nach seiner Pensionierung hat er sich nicht zur Ruhe gesetzt, sondern steht bis heute und hoffentlich noch recht lange inmitten seiner selbstgewählten Aufgabe, inmitten der Erziehungsarbeit. Der Rückblick wird in seinem Falle zum verheißungsvollen Ausblick auf eine schönere und bessere Zukunft. Seine verdienstvolle pädagogische Tätigkeit hat in praktischer, organisatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht sowie in menschlicher Beziehung gute Früchte getragen und wird weiterhin wertbeständig bleiben.

Herr Professor Tesarek, den seine Freunde 'Tes' nennen, gehört zu jenen Schulmännern, denen die Pädagogik in Österreich starke Impulse verdankt. Sein Wirken gab ihr ein unverkennbares Gepräge und bestimmte sie im Grundsätzlichen. Schon in der ersten Republik war er erfolgreich am Werk, die Jugendbewegung durch die Schaffung zeitaufgeschlossener Organisationen mit einem modernen Geist zu erfüllen und auf eine neue Basis zu stellen. Seine Ideen wurden in vielen anderen Ländern aufgegriffen und werden dort mit ebenso großem Nutzen verwertet, wie es bei uns der Fall ist. Besondere Anerkennung verdient, was er nach dem zweiten Weltkrieg für das städtische Erziehungswesen und für die Jugendbetreuung geleistet hat.

Seine Anstrengungen lohnten sich.

Es hätte aber auch kein Geeigneterer als Leiter der städtischen Kindergärten und als Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien gefunden werden können als dieser begeisterte Schulmann, dem auch der Wiederaufbau der Kinderfreunde, der großen Eltern- und Erziehungsorganisation auf sozialistischer Grundlage zu denken ist. So ist Professor Tesarek in idealer Berufsausübung und als Anwalt der guten Sache ein wahrer Freund der Kinder und aller Menschen geworden, die an den wahren Fortschritt und an das Leben glauben.

Unsere vier Ehrengäste haben auf verschiedenen Schaffensgebieten, auf dem Gebiete der Wissenschaft und bildenden Kunst, der Musik und der Pädagogik, Bleibendes geleistet und können auf ein Werk blicken, das ihnen und der Stadt Wien zu hohem Ansehen gereicht. Hiefür erhalten sie jetzt die verdiente Anerkennung, zu der ich ihnen im Namen des Amtes für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung sowie in eigenen Namen mit dem Ausdruck aufrichtiger Dankbarkeit herzlich gratuliere."

Mosaik des geistigen und kulturellen Wien

Bürgermeister Bruno Marek führte in seiner Festrede vor der Überreichung der Ehrenmedaillen aus:

"Die Verleihung der Ehrenmedaillen der Stadt Wien im Stadtsenatssaal ist für mich keineswegs eine unter vielen anderen Amtspflichten. Ich darf sicher auch für die mit mir erschienenen Stadträte sprechen, wenn ich sage, uns bedeuten diese Verleihungen eine persönliche Konfrontation mit den Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft und dem übrigen öffentlichen Leben, die in ihrer Gesamtheit das Mosaik des geistigen und kulturellen Wien bilden.

Das Bild unserer Stadt war schon immer wesentlich mitbestimmt durch ihre schöpferischen Kräfte, und wenn die Welt an Wien als die Stadt der Naturschönheit und der historischen Bauten denkt, dann denkt sie auch an die Menschen, die hier wirkten und noch wirken.

Ein Gang durch die Straßen Wiens läßt uns, wenn wir allein auf die Gedenktafeln achten, immer wieder die Fülle der Begabungen sehen, die von hier aus nicht nur der engeren Heimat, sondern der ganzen Welt bleibende Gedanken und Werke schenken. Darauf wollen wir stolz sein, aber auch niemals vergessen, daß geistige Bedeutung und Geltung immer wieder aufs Neue erobert werden müssen. Daher gilt es, auch den Lebenden die Ehre zu geben, damit das leider oft zu wahre Wort von 'österreichischen Schicksal' für Wiens große Geister keine Gültigkeit habe.

Die heute ausgezeichneten vier Männer aus verschiedenen Gebieten von Kunst und Wissenschaft zeigen gerade durch die Verschiedenheit ihrer Arbeitsgebiete die Vielfalt des geistigen Lebens unserer Stadt. Aus ihrem persönlichen Schicksal kann aber auch die Schwere der Ereignisse gemessen werden, die unsere Zeit auf sich nehmen mußte.

Das milde Lächeln

Professor Heinrich Benedikt, der Historiker, stellte seine Forschungsarbeit unter das Bemühen 'das Sein aus den Werden zu erklären'. Dieser ursprünglichen Aufgabe der Geschichtswissenschaft hat er sein Leben gewidmet. Wir haben aus der Würdigung von Frau Stadtrat Sandner entnommen, wie sich aus einem Offizier, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler erst in späteren Jahren der Historiker entwickelte. Heinrich Benedikt geht als solcher den Hintergründen des historischen Geschehens bis in die kleinsten Einzelheiten nach. Es ist daher kein Zufall, daß er zahlreiche biographische, genealogische, wirtschaftliche und kulturhistorische Detail-Probleme in geistvollen Aufsätzen behandelte. Hier erwies sich der Gelehrte als der typische österreichische Wissenschaftler, bei dem die Grundlage der realen Erfahrung stets die wichtigste Rolle gespielt hat. Dieses Auffinden der kleinen Tatsachen hat sich dann in seinen großen Geschichtswerken bestens bezahlt gemacht.

Sein persönliches Schicksal, das ihn sieben Jahre lang in der Fremde festgehalten hat, konnte ihm nicht die Liebe und den Gedanken an seine Heimat nehmen. Das 'milde Lächeln' - das, wie der Historiker Benedikt weiß und sagt - Österreich auch in seinen

leidvollsten Zeiten bewahrt hat, hat ihn, den Historiker dieses milden Lächelns, aber wieder in seine Heimat zurückgeführt.

Gute österreichische Tradition

Das Werk eines Malers in Worten zu beschreiben ist fast unmöglich. Aber mir kommt zu Hilfe, daß vor Ihnen, meine Damen und Herren, eines der eindruckvollsten Bilder des Künstlers hängt; das Bild unseres unvergeßlichen Bürgermeisters und späteren Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner. Aus diesem Bild spricht ja alles, was uns die Werke Pausers liebenswert und verständlich macht. Hier finden menschliche Güte, staatsmännische Weisheit und persönliche Bescheidenheit einen Ausdruck, den nur ein Künstler finden kann, der sich ganz in die Persönlichkeit des Dargestellten hineinversetzt hat, ohne die äußere Wirklichkeit sklavisch abzubilden. Ohne hier als Kunstrichter in Fragen auftreten zu wollen, die die bildende Kunst heute bewegen, möchte ich Professor Pauser doch sagen, daß wir ihn eben verstehen; daß wir die Bilder seiner schönen jungen Frauen lieben, seine Stadtbilder - die auch wie Frauenbildnisse gemalt sind - und daß wir seine Porträtkunst bewundern. Wir sehen in dem Maler Pauser einen Künstler, der in der Tradition der großen österreichischen Realisten wurzelt und ihre Kunst für das Heute weiterentwickelt hat.

Zu auffallend sind die Ähnlichkeiten, die einen der besten unserer gegenwärtigen Komponisten, Otto Siegl, mit dem Maler Pauser verbinden, als daß man nicht in die Versuchung käme, sie in Parallele zu setzen: Aus seiner Musik spricht nämlich die gute österreichische Tradition des Einfachen, das jeden anspricht, weil es aus einem menschlich fühlenden Herzen kommt. So wie wir die Bilder Pausers verstehen, verstehen wir auch die Musik Siegls. Und ebenso gilt für ihn, daß er den österreichischen Musikstil nicht als Nachahmer übernimmt, sondern seine eigene persönliche Musik fornt.

Otto Siegl kommt aus der grünen Steiermark, aus der auch Hugo Wolf und Joseph Marx kamen; als Wahlwiener lebt er aber nun fast zwei Jahrzehnte unter uns und wir verstehen einander so, wie sich Wien und die Steiermark immer verstanden haben.

Recht schade ist, daß man seine Kompositionen, die ja außer der Oper alle musikalischen Gebiete umfassen, in Österreich eigentlich viel zu wenig hört. Seine wunderschönen Lieder und Chöre, zahlreiche Kammermusikwerke oder die Symphonietta für Streichorchester, sind musikalische Kostbarkeiten, die sich durch leichte Einstudierbarkeit auszeichnen und unser Musikprogramm viel mehr bereichern könnten.

Ewig junger Freund der Jugend

Wenn man den Geburtsmatrikeln und dem Gedenktagekataster der Stadt Wien trauen darf, dann ist Anton Tesarek wirklich schon 70 Jahre alt. Für uns, die wir sein lebenslanges Wirken für das Kind mit innerer Anteilnahme verfolgt haben, erscheint das eigentlich unglaublich. Auch scheint uns der würdige Titel 'Senatsrat' für ihn, den ewig jungen Freund der Wiener Kinder, gar nicht recht angemessen. Leider gibt es aber keinen Titel, der zum Ausdruck bringen könnte, daß nicht das Alter, sondern die Jugend Zweck und Ziel seiner Arbeit war und ist.

Auch 'Erzieher' ist für Anton Tesarek nicht der richtige Ausdruck, denn er war ja immer viel mehr als ein Erzieher, wenn er seinen ethischen Sozialismus lehrte. Als damals, vor mehr als 40 Jahren, die ersten Gruppen der 'Roten Falken' auftauchten und sich für ihre Gemeinschaften ihre eigenen Bubengesetze schufen, hätte niemand geglaubt, wie rasch sie sich vermehren würden. Bald hatten sie, wie es sich für Falken geziemt, auch die Landesgrenzen überflogen, und überall in Europa konnte man die wandernden Buben und Mädels sehen, deren Organisation bei uns in Wien ihren Ursprung hatte. Die Begeisterung für diese Art der Gemeinschaft zeigt, daß Anton Tesarek, der ihr Schöpfer und Mentor ist, eine empfängliche Seite der kindlichen Psyche erkannt hat.

Anton Tesarek hat nach der Zäsur von 1934, die dieser schönen Bewegung ein jähes, aber nur vorläufiges Ende setzte, als Schriftsteller und Lehrer weitergearbeitet. Auch die Falkenbewegung ging weiter. Selbst in den Jahren des Faschismus lebte sie, etwa in Frankreich und England, wo es schließlich zur Gründung der 'internationalen Falkenbewegung' kam, die heute viele hunderttausende junge Menschen in Europa vereint.

"Wir arbeiten für das Morgen, aber das Morgen beginnt schon heute" ist ihr Wahlspruch, und angefangen hat sie mit vier Ottakringer Buben, die mit Tesarek die erste Falkengruppe bildeten. Anton Tesarek hat nach dem Zweiten Weltkrieg seine pädagogischen Kenntnisse und seine Erfahrungen in den Dienst der Stadt Wien gestellt. Ich brauche nicht zu wiederholen, welche große Leistungen Tesarek im Jugendamt für die Wiener Jugend vollbracht hat.

Ihnen allen, meine sehr verehrten Herren, dem Historiker, dem Maler, dem Musiker und dem Pädagogen möchte ich mit der Verleihung der Ehrenmedaille in Gold meine besten Glückwünsche zu einer noch viele Jahre währenden, weiteren Arbeit zum Ausdruck bringen und Ihnen sagen, daß Ihre Heimatstadt Wien stolz auf Sie ist!"

Unverkennbare Note der Wiener Art

Im Namen der Ausgezeichneten dankte Univ.-Prof. DDr. Heinrich Benedikt:

"Jeder von uns, der hier geehrt wurde, hat ein anderes Tätigkeitsfeld in den großen Gebieten von Kunst und Wissenschaft. Aber trotz aller Verschiedenheit unserer Ausdrucksweise in Wort und Schrift, im Bild oder in den Tönen der Musik besitzen wir alle etwas Gemeinsames: Es ist die vielleicht leise, aber doch unverkennbare eigenartige Note der Wiener Art, die ein Zeichen unserer Liebe zu unserer Heimatstadt Wien ist. Ein oft unbewußter Ausdruck, der aber aus unserer Persönlichkeit, aus unserem Herzen kommt.

Und deshalb glaube ich, im Namen von uns allen sprechen zu dürfen, wenn ich sage, daß die allergrößte Freude, die wir am heutigen Tage erleben, die ist, daß wir das edle Gold aus den Händen des Herrn Bürgermeisters als Repräsentanten jener Stadt empfangen, der unsere Liebe gehört, mit der wir zusammenhängen, der wir unsere Treue bewahren werden."

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Geschäftsgruppe VII
=====

16. Dezember (RK) Der erste Debattenredner von heute ist GR. Matza (ÖVP). Er befaßt sich mit verschiedenen Verkehrsproblemen und betont, daß die totale "Verschilderung" und "Verampelung" unserer Stadt abzulehnen ist. Auch manche schon bestehende Ampeln sind überflüssig, manche Verkehrszeichen entsprechen nicht ganz den Vorschriften. Laut einer Untersuchung einer Kraftfahrorganisation entsprechen zehn bis zwanzig Prozent aller Verkehrsschilder in Österreich nicht den Bestimmungen oder sind mangelhaft ausgeführt. Eine Überprüfung in Wien wäre zweckmäßig.

Die Mittel für Verkehrsangelegenheiten im Jahr 1967 wurden bedauerlicherweise um drei Millionen Schilling gegenüber 1966 und um 5,8 Millionen gegenüber 1965 gekürzt. Das heißt, daß 1966 um 16 Prozent, 1965 um 30 Prozent mehr Mittel zur Verfügung standen, obwohl das Gesamtbudget für 1967 um 9 Prozent erhöht wurde.

Jährlich steigt die Zahl der Kraftfahrzeuge um 22.000 bis 23.000. Damit steigt auch die Zahl der Unfälle. Erfreulich jedoch, daß die Zahl der Verkehrstoten von 190 in den ersten elf Monaten 1965 auf 132 in den ersten elf Monaten dieses Jahres gesunken ist. Der Redner gibt dann einige Anregungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr. Er meint auch, daß noch immer zu wenig Wegweiser in Wien stehen, vor allem zu wenig Vorwegweiser, damit man sich rechtzeitig einordnen kann.

Ausführlich beschäftigt sich GR. Matza mit den Verkehrsampeln. Er begrüßt, daß nun in der Gumpendorfer Straße an den Hauptkreuzungen Lichtsignalanlagen errichtet werden sollen. Die Schaltung der automatischen Ampeln sollte man öfter auf ihre Zweckmäßigkeit überprüfen. Der Redner warnt davor, daß die Computer-Regelung auch in den Verkehrsspitzenzeiten funktionieren wird. In Paris ist man schon zur Wiedereinführung der Verkehrsregelung durch Polizisten in den Spitzenzeiten übergegangen.

Für die Autofahrer unverständlich sei auch, daß in den Nachtstunden wichtige Kreuzungen nur Gelb zeigen, weil sie noch halb handgeschaltet sind. Bei starkem Abbiegeverkehr sollte man mehr Abbiegepeile an den Ampeln installieren.

Zu dem jüngst verhängten Halteverbot in der Kärntner Straße meint der Redner, daß das Verbot von 11 bis 13 Uhr kaum jemand versteht, weil um diese Zeit keine besondere Verkehrsspitze gegeben ist. Man könnte also ruhig die Ladetätigkeit erlauben.

Abschließend wird vom Redner Schiller zitiert "Die Welt ist vollkommen überall, wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual". Trotzdem müssen wir versuchen, das bestmögliche zu erreichen. Bis zur Entlastung durch ein U-Bahn-Netz werden noch viele Jahre vergehen, daher müsse schon jetzt alles unternommen werden, um die Sicherheit des Verkehrs zu erhöhen und die Flüssigkeit des Verkehrs zu gewährleisten.

GR. Lauscher (KLS) meint, daß es noch ein paar Jahre dauern wird, bis die neue Bauordnung verwirklicht ist. Durch die vielen Ausnahmen weiß niemand mehr, was erlaubt und was verboten ist. Die Rechtsunsicherheit und die unzulänglichen Bestimmungen der Bauordnung wirken sich ungünstig aus und führen zu vielen Unzukömmlichkeiten, wie zu dichte, zu enge oder mangelhafte Verbauung. Ob die vielen Ausnahmegenehmigungen zu Recht bestehen, sei gleichfalls fraglich. Eine moderne Bauordnung, die wir dringend brauchen, müßte die allzu große Ausnutzung der Grundstücke verhindern, müßte Bestimmungen über die Baudichte enthalten, über den Lichteinfall, die optimale Baugröße und vieles andere mehr. Sie muß jedoch so erstellt werden, daß sie die Bauinteressen nicht zu sehr einengt und die künstlerische Freiheit und die Verwirklichung neuer Ideen nicht verhindert. Der Begriff der Geschoßflächendichte müßte gleichfalls in der künftigen Bauordnung verankert sein.

Als ein besonderes Problem bezeichnet der Redner die Erhaltung und Instandsetzung der Althäuser. Im Zusammenhang mit dem Abbruch von Miethäusern ist die Frage der Stellung der Mieter in diesen Häusern zu klären.

Die derzeitige Bauordnung, beziehungsweise die Entscheidungen, die Höchstgerichte auf Grund dieser Bauordnung fällen, gewähren den Mietern keinen ausreichenden Schutz. Der Redner beantragt daher die Änderung des § 134 der Bauordnung in dem Sinn, daß den Mietern in allen für die lebensnotwendigen Fragen, insbesondere bei Baugebrechen und Abbruchaufträgen Parteistellung zuerkannt wird. Gemeinderat Lauscher verweist dann auf zwei Fälle - sie seien typisch für tausende andere - wo der Hauseigentümer das Haus gemäß § 7 instandsetzen lassen will. Durch die Instandsetzung würden die Mieter, obwohl auch nach Renovierung die Wohnungen nicht den heutigen Verhältnissen entsprechen, und eine Sicherung des Objektes auf mehr als zehn Jahre fraglich ist, den zehn- bis sechzehnfachen Zins bezahlen müssen. Eine gesetzliche Regelung, den Althausbestand betreffend, sei daher dringend notwendig. Die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds auf der Bundesebene wird nicht mehr länger hinausgeschoben werden können.

Zu Verkehrsregelungen: Die Kreuzung Obere Weißgerberstraße - Radetzkystraße im 3. Bezirk wird vorübergehend wegen Bauarbeiten an der Franzensbrücke durch Ampeln geregelt. Das hat sich gut bewährt und sollte auch beibehalten werden. Bei der Reindorf-gasse - Sechshäuser Straße im 15. Bezirk müßte ebenfalls eine Regelung getroffen werden, da die Kreuzung besonders von Schulkindern stark frequentiert wird, es jedoch weder einen Zebrastrifen noch eine Blinklichtanlage gibt. Eine Sicherung der Übergänge wäre auch in der Prager Straße bei den Stationen Winkeläckerstraße und Autokaderstraße notwendig.

Zur Vorrangregel: Hier besteht im Gesetz eine große Lücke. Zahlreiche Straßen werden von Verkehrsteilnehmern befahren, als wären sie Vorrangstraßen, obwohl der Rechtskommende den Vorrang hätte. Es sei bekannt, daß es einen Plan gibt, diese Straßen als Vorrangstraße zu erklären und entsprechend zu kennzeichnen. Es wird seit Jahren davon geredet, seit Monaten gibt es ein diesbezügliches fertiges Konzept, der Gemeinderat wurde darüber aber bisher nicht informiert.

Als eine weitere Lücke im Gesetz bezeichnet der Redner die Tatsache, daß es verschiedene Straßenzüge in Wien gibt, auf denen schneller als 50 Stundenkilometer gefahren werden kann und auch wird. Die Polizei toleriert das. Seit Jahren wird davon gesprochen, durch Aufstellung von Kennzeichen, die eine schnellere Fahrweise erlauben, die Praxis der Gesetzeslage anzupassen. Leider ist auch hier nichts geschehen.

Zur Tätigkeit des Stadtforstamtes meinte Gemeinderat Lauscher, daß auf die Erhaltung der Erholungslandschaft um Wien mehr Rücksicht genommen werden müßte. Die einzigartige Umgebung Wiens sei durch die zunehmende Besiedlung bedroht. Die Notlage vieler landwirtschaftlicher Betriebe des Wienerwaldes bringe es mit sich, daß die Bauern immer häufiger Baugründe verkaufen. Die kleinen Gemeinden haben wenig Möglichkeiten, dagegen einzuschreiten.

Die Erholungsgebiete dürften nicht allein unter forstlichem Gesichtspunkt betrachtet werden, zur Erholungslandschaft gehöre auch die Wiese. Zweckentsprechende Maßnahmen könnten nur im Zusammenwirken von Wien - Niederösterreich durchgeführt werden. Es sei die Frage nach den Kontaktkomitee der beiden Bundesländer zu stellen: bestehe es noch, was habe es bisher getan und was für Pläne hege es für die Zukunft?

Eingehend beschäftigte sich der Sprecher sodann mit dem heutigen Leitartikel des "Volksblattes", den er als Ausdruck einer doppelzüngigen Politik der ÖVP gegenüber Wien bezeichnete.

Abschließend meinte Gemeinderat Lauscher, die Tätigkeit der Geschäftsgruppe VII habe durch die moderne Entwicklung für Wien größte Bedeutung erlangt. Da die Budgetansätze dieser Bedeutung nicht gerecht würden, müsse die KLS-Fraktion ihnen die Zustimmung verweigern.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) fand anerkennende Worte für die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Öffentliche Beleuchtung. Auch die baubehördliche Arbeit bezeichnete er als zufriedenstellend. Er forderte allerdings ein konsequenteres Durchgreifen gegenüber den Hausbesitzern bei Instandsetzungsaufträgen, denen gegenüber die Hauseigentümer oft eine unzulässige Verzögerungstaktik verfolgen.

Mit Recht hat der Berichterstatter erklärt, daß die alte Bauordnung ein heute nicht mehr ganz taugliches Instrument ist. Erneut muß daher die Fertigstellung der Bauordnungsnovelle verlangt werden. In Wien bahnt sich eine Entwicklung im Bauwesen an, die gegen die Grundsätze der Stadtplanung vor sich geht. Dieser Fehlentwicklung muß durch eine Novellierung der Bauordnung entgegengetreten werden.

Auch GR. Dr. Schmidt kritisiert die geringere Dotierung auf dem Gebiet der Verkehrsregelung und führt einige Beispiele dafür an, daß sich die Situation an verschiedenen Verkehrspunkten in Wien, die bereits modern geregelt waren, in letzter Zeit verschlechtert hat, so etwa auf der Kreuzung Kai-Augartenbrücke, die sogar durch Computer geregelt wird. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr der Verkehr auf dem neuralgischen Punkt Schwarzenbergplatz automatisch geregelt werden soll. Die "grüne Welle" funktioniert in einigen Straßenzügen nicht, so zum Beispiel in der Possinger- und Wattgasse.

Für den Schutz des Fußgängers, besonders aber der alten Leute, müßte mehr getan werden. Manches läßt hier noch sehr zu wünschen übrig. So ist zum Beispiel die Grünphase zur Überquerung der Mariahilfer Straße für den Fußgänger zu kurz. Es ist interessant, daß die Fußgänger bei jenen Kreuzungen, auf denen die Ampeln in der Kreuzungsmitte angebracht sind, häufig die Fahrbahn gerade dann betreten, wenn die Überquerung für sie gesperrt ist. Sie sehen nämlich die Ampel von der Seite, so daß sie das "Grün" für den Querverkehr als "Frei" für sich selbst betrachten. Der Redner regt eine verstärkte Aufklärung der Fußgänger, vor allem der Erwachsenen, an.

Die Einführung neuer Links-Abbiegeverbote und neuer Einbahnen ist zu begrüßen, da dies der Flüssigkeit des Verkehrs dient. Das Graben-Einbahn-Experiment hat sich bewährt.

Sodann urgiert GR. Dr. Schmidt die Öffnung der noch immer gesperrten Auffahrt der Donaukanalbegleitstraße bei der Heiligenstädter **Brücke** zur Brigittenauer Lände. Der Ausbau der Lorenz Müller-Gasse ist schon lang beschlossen, die Brigittenauer Lände hätte schon längst zur Einbahn erklärt und daher die Auffahrt auch geöffnet werden können. Angeblich hat sich jedoch die Brigittenauer Bezirksvertretung gegen diese Einbahnerklärung ausgesprochen. ./.

Auf den Donaukanalbegleitstraßen wird übrigens das erlaubte Fahrtempo 70 in Richtung Stadt viel zu früh durch die Schilder mit der Tempobegrenzung auf 50 abgebremst. Bei der Auffahrt zur Gürtelbrücke ist die Beschilderung nicht konsequent.

Der Renter kommt sodann, wie auch schon im Vorjahr, auf die sich aus einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes ergebende Durchlöcherung des Schienenparkverbots zu sprechen und bedauert, daß der Berichterstatter nichts zu diesem Problem gesagt hat. Es werde wohl nichts anderes übrig bleiben, als das Schienenparkverbot aufzuheben und durch Einführung von Halteverboten in bestimmten Straßen zu ersetzen.

Die Verkehrssituation in Wien wird immer angespannter, und es wird immer schwieriger, sie durch Maßnahmen des Magistrats und der Polizei zu bewältigen. Außerdem dauert die Durchführung angekündigter Maßnahmen zumeist viel zu lang. Der Grund dafür könnte sein, daß zu viele Magistratsstellen, nämlich fünf (die Abteilungen 28, 29, 46, 70 und 33), mit der Verkehrsregelung befaßt sind. Eine Koordinierungsstelle gibt es leider nicht. Sie sollte aber geschaffen werden, etwa in der Person eines "Verkehrsdirektors".

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) zitiert aus einer Publikation der Landesforstinspektoren, daß die Schmutzwolke über Wien annähernd 400 Tonnen Ruß und Staub enthält. Jeder Wiener atmet im Laufe einer Woche 250 Kilogramm Luft ein und aus und diese Luft enthält nicht weniger als einen Kilo Ruß und Staub. Dementsprechend sind in den letzten 20 Jahren in Wien die Erkrankungen an Lungenkrebs um mehr als 200 Prozent gestiegen. Diese Zahlen unterstreichen die Bedeutung der Wälder in der Umgebung unserer Stadt. Grünanlagen in der Stadt sind sicher sehr notwendig, aber großräumige Wald- und Wiesenflächen um Wien sind besonders wertvoll für die Gesundheit und Erholung der Bevölkerung. Der Wald- und Wiesengürtel müsse daher im wahrsten Sinne des Wortes geschlossen werden. Es muß rund um unsere Stadt ein wohldurchdachter Grünflächenring entstehen.

Es gibt aber auch traurige "G'schichten aus dem Wienerwald" zu berichten. Über das wilde Siedeln wurde schon gesprochen; aber auch der Wildtod auf den Straßen gehört zu den traurigen Geschichten. Auf der Wiener Höhenstraße sind mehr als 100 Rehe von Autos "erlegt" worden und Aberhunderte von Hasen.

GR. Eder (SPÖ) hebt die Bedeutung der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt hervor, und begrüßt, daß heuer mit dem Bau einer neuen Prüfhalle begonnen wird.

Zu den Friedhöfen bemerkt er, daß, nach dem geänderten Standpunkt der katholischen Kirche, der Feuerbestattung erhöhte Bedeutung zukomme. Seit 1923 gibt es in Wien eine Feuerbestattung; 14 Prozent der Verstorbenen werden feuerbestattet. Im Vergleich dazu: in München sind es 25 Prozent. Durch die bereits fertiggestellte Feuerhalle in Stammersdorf wird eine Ausweitung der Kremationen ermöglicht. In der Diskussion über die Neugestaltung unserer Friedhöfe zu echten Totenhainen ist eine Beruhigung eingetreten. Durch die angestrebte Neuordnung der Friedhöfe wird dem Gefühl der Pietät kein Abbruch getan.

Bei der Baupolizei besteht derzeit noch immer ein Unterstand an technischen Beamten. Die Neuregelung der Bauordnung wird von Technikern und Juristen neben ihrer täglichen Arbeit intensiv beraten. Der Fragenkomplex ist umfangreich und die Novellierung muß daher gut vorbereitet werden.

Der Redner begrüßt es, daß ab 1. Jänner 1967 auf Baustellen der Gemeinde Wien nur mehr Kranführer mit Kranführerausbildung und anschließender Prüfung verwendet werden dürfen. Dadurch wird größere Sicherheit angestrebt.

Zu bestrafen wäre eine bewußte nachträgliche Einbringung von Bauansuchen.

Die öffentliche Beleuchtung erfährt oftmals Kritik wegen sogenannter "Verdrahtung" oder dem Ausfall von Lampen. Dabei genügt ein Anruf und die Lampen werden ausgetauscht. Nicht jeder Spanndraht in unserem Stadtbild führt auf die öffentliche Beleuchtung zurück. Außerdem sind diese Drähte unvermeidlich, denn das Aufstellen von einer größeren Zahl von Lichtmasten würde das Stadtbild weitaus mehr beeinträchtigen.

Der Redner tritt dafür ein, zur Wahrung des Stadtbildes nicht in einem Kreuzungsbereich verschiedene Lichtmaste zu verwenden. Leider ist dies unter anderem bei der Ballaria der Fall. 1967 sollen als größere Vorhaben die Prinz Eugen-Straße, die Thaliastraße, Gablenzgasse und Koppstraße besser ausgeleuchtet werden. Für Stromkosten werden für 1967 insgesamt 29 Millionen Schilling ausgeworfen. Mehr Licht in den Straßen und Gassen gibt mehr Sicherheit für die Stadt und ihre Bewohner. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Planek (SPÖ) stellt fest, daß die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik im Jahr 1959 ein dreibändiges Werk herausgegeben hat, das sich mit Fragen des Klimas und des Bioklimas beschäftigt. Es wird ausführlich über die Luftverunreinigung in Wien gesprochen und dargestellt, welche Methoden man anwendet, um diese Verunreinigung festhalten zu können. 1963 hat der Städtebund ein Gesetz gegen Luftverunreinigung ausgearbeitet und dieses mit Erläuterungen der Bundesregierung zugeleitet. Eine andere Frage, die damit zusammenhängt, sei die der Abgase und ihre Wirkungen. Nylon, Perlon und andere Kunstfasern werden durch diese Gase angegriffen. Das beleuchtet, wie wichtig diese Frage ist.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (OVP) bezeichnet es als eine angenehme Aufgabe, über die Beleuchtung Wiens zu sprechen, gilt doch Wien als eine Stadt des Lichtes, die sich gleichrangig mit ihrer Schwesterstadt Paris - der Lichterstadt an der Seine - und anderen Weltstädten behaupten kann. Diese bessere Beleuchtung trägt auch den gestiegenen Verkehrsverhältnissen bestens Rechnung. Die romantischen Gaskandelaber sind aus unseren Straßen verschwunden und die Glühlampen weichen den Gasentladungslampen. Romantik und moderne Lichttechnik seien leider nicht vereinbar. Der Redner regt an, vielleicht durch die Ausschreibung eines Wettbewerbes zu einer Lampenform zu kommen, die die Verkehrsflächen zwar gut ausleuchten, aber der Romantik manchen alten Gässchens keinen Abbruch tun.

Auch auf den Sektor der Reklamebeleuchtung müssen wir den Versuch unternehmen, diese mit viel Fingerspitzengefühl dem Charakter unserer Stadt anzupassen.

Als Mangel bezeichnet es der Redner, daß die gute Ausleuchtung einiger Ausfallstraßen plötzlich abbricht und die Fortsetzung der Straße nur durch unzureichende Glühlampen erhellt ist. Das stellt eine Falle für Verkehrsteilnehmer dar und muß unbedingt beseitigt werden. Die für den weiteren Ausbau der Beleuchtung im Jahr 1967 zur Verfügung gestellten Mittel erachtet der Redner als zu gering.

Zur Bauordnung stellt der Redner fest, daß diese dem technischen Fortschritt und den Anforderungen der Städtebaues und der Stadtplanung nicht mehr Rechnung trägt. Ihre Novellierung ist daher dringend notwendig und damit im Zusammenhang die Schaffung eines Kommassierungsgesetzes, die Festlegung einer Mindestgröße der Bauplätze, eine Änderung der Bestimmungen über das Lichtprisan, der Einbau von Vorschriften über die Errichtung von Wohnungen in Dachgeschossen, Bestimmungen, den Schall- und Kälteschutz betreffend, und vieles andere. Auch die Frage der Errichtung von Einstellplätzen müßte in diesen Zusammenhang geklärt werden.

Dr. Strobl kritisierte, daß der Paragraph über Erleichterungsmöglichkeiten bei Kanalanschlüssen verschiedene Auslegungen erfahre. Für diesbezügliche Ansuchen von Privatpersonen ist der Gemeinderatsausschuß VII, für Ansuchen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften dagegen der Ausschuß XI zuständig. Ansuchen auf Ermäßigungen von Kanalgebühren von seiten der Bundesbahnen wird durch Mehrheitsbeschluß immer stattgegeben. Dies beruht auf einer älteren Abmachung zwischen den Bundesbahnen und Wien. Dieser Vertrag muß gekündigt werden und der zitierte Paragraph sollte neu gefaßt werden, um verschiedene Auslegungen unmöglich zu machen.

Im übrigen werde die ÖVP-Fraktion den Ansätzen zustimmen.

Gemeinderat Herbert Mayr (SPÖ) berichtete, daß an geregelten Kreuzungen in England vielfach Summtöne für Blinde vorgesehen sind und bat, diese Möglichkeiten auch für Wien zu erwägen.

Er stellte sodann fest, daß es auf der stark frequentierten Breitenfurter Straße keine Fußgängerschutzwege gibt. Es bestehen hier drei besonders neuralgische Punkte: beim Linienamt und bei den Kreuzungen mit der Gregorygasse und der Gerbergasse. Die Bezirksvorstehung hat schon im Dezember 1965 eine Augenscheinsverhandlung verlangt und diese heuer urgirt, aber bisher noch ohne Erfolg.

Auch im Zuge der mit einem Kostenaufwand von 31,3 Millionen Schilling ausgebauten Ketzergasse wären Verkehrsampeln erforderlich. Die von der Polizei geforderte Lichtsignalanlage bei der Kreuzung mit der Perchtoldsdorfer Straße wurde für 1967 versprochen. Das Vorhaben scheint aber in der von Vizebürgermeister Dr. Drimmel vorgelegten Liste nicht auf.

Auch an der Kreuzung mit der Brunner Straße ist keine Ampel vorgesehen, obwohl es hier schon mehrere Unfälle mit drei Schwerverletzten gegeben hat. Bei Unfällen in der Ketzergasse, in deren Mitte die Landesgrenze verläuft, kommt es oft zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Polizei und Gendarmerie. GR. Mayr bat, diese Wünsche der Liesinger zu überprüfen.

GR. Josef Fischer (SPÖ) beschäftigte sich zunächst mit der Tätigkeit des Stadtforstamtes, die er als sehr erfolgreich bezeichnete. Der Lainzer Tiergarten hatte heuer 260.000 Besucher, das sind um 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein die Instandsetzung der 23 Kilometer langen, zwei Meter hohen und 50 Zentimeter starken Tiergartenmauer erfordert jährlich 500.000 Schilling. Für die Straßen in dem 23 Quadratkilometer großen Erholungsgebiet sind 300.000 Schilling vorgesehen. Der während der Besatzungszeit fast ausgerottete Wildbestand ist jetzt wieder sehr ansehnlich.

Für die Benutzer der Schiwiese Dopplerwiese bei Mauer, beziehungsweise für sommerliche Ausflügler wird das Rasthaus "Schießstätte" wieder aufgebaut. Dafür ist eine erste Baurate von 1,5 Millionen Schilling vorgesehen. Die Wohlfahrtsaufforstungen am Laaer Berg und in der Donaustadt gehen weiter und schaffen neues Grün für alle Wiener.

Der Redner bemängelte die derzeitige Praxis der Bodenmarkierungen und bat zu erwägen, ob es dafür nicht neue technische Möglichkeiten gäbe. Ampelanlagen müßten so aufgehängt werden, daß sie von den Kraftfahrer auch dann, wenn er abbiegt, leicht gesehen werden können. Eine andere Anbringung der Ampeln ist wahrscheinlich nicht möglich, aber die Industrie soll angeblich ein neues Gerät herausgebracht haben, das man auf seine Verwendbarkeit hin überprüfen könnte.

Zum Thema Phasenschaltung kritisiert GR. Fischer, daß an einigen Kreuzungen Ampeln angebracht sind, deren Grünlicht

durch sechsmaliges Blinken die Phasenänderung anzeigt, andere Kreuzungen aber Ampeln ohne Grünblinken haben. Daraus ergibt sich eine Gefahr für Unfälle. Der Phasenwechsel ist außerdem oft zu kurz, sowohl für die Fahrzeuge, als auch besonders für die Fußgänger. Schließlich wäre es gut, wenn alle Ampeln in der Nacht voll eingeschaltet blieben.

Zum Thema Computeranlagen mit Magnetsonden stellt der Redner die Frage, wie viele solcher Anlagen für die Verkehrsregelung in ganz Wien notwendig wären. Für den Einbiegeverkehr Ring-Schwarzenbergplatz fordert er eine neue Regelung. Im übrigen wäre es notwendig, in Zusammenarbeit mit der Polizei einen Dringlichkeitsplan für die Verkehrsregelung für ganz Wien aufzustellen.

Sodann möchte GR. Fischer vom Berichterstatter wissen, was aus der groß angekündigten Enquete mit dem Titel "Wien darf nicht im Verkehr ersticken - Versäumnisse der Rathausmehrheit" geworden ist. Man hat nichts mehr davon gehört, und vielleicht ist man doch zu der Auffassung gelangt, daß diese großen Probleme mit Worten allein nicht zu lösen sind. Wie groß diese Probleme sind, zeigt allein schon die Tatsache, daß vom Jänner bis zum April 1966 348 Personenkraftwagen pro Tag in Wien zugelassen wurden, insgesamt in diesen vier Monaten also 41.374 Personenkraftwagen.

Abschließend kritisiert der Debattenredner den fühlbaren Mangel an Taxis in unserer Stadt und stellt die Frage, warum nicht mehr Konzessionen ausgegeben werden. Er ersucht um Mitteilung darüber, wie viele Konzessionen in den Jahren 1964, 1965 und 1966 ausgegeben wurden und ob sie immer den richtigen Leuten zugute kamen, nämlich jenen, die ihr Gewerbe selbst ausüben und nicht nur daran verdienen. Es ist bekannt, daß mit den Konzessionen ein schwunghafter Handel getrieben wird. Eine Konzession wird dabei um 250.000 Schilling gehandelt, für die Miete verlangt und zahlt man 3.000 Schilling pro Monat. In diesem Zusammenhang stellt GR. Fischer einen Antrag, in dem eine Überprüfung der Maßnahmen gefordert wird, mit denen der Taximangel in Wien behoben und der Konzessionshandel durch vermehrte Ausgabe neuer Konzessionen unterbunden werden könnte.

Im Schlußwort geht Vizebürgermeister Dr. Drimmel auf einige in der Debatte aufgeworfene Probleme näher ein:

Prüf- und Versuchsanstalt: Ich hoffe, daß im nächsten Jahr mehr Mittel für die räumliche Ausgestaltung dieser Anstalt zur Verfügung stehen werden.

Öffentliche Beleuchtung: Die Problematik des vorliegenden Fünfjahresplanes habe ich schon bei meinem Eintritt in die Stadtverwaltung leicht erkennen können, deshalb werde ich nach Ablauf des Fünfjahresplans auch keinen neuen Plan mehr vorschlagen, sondern von Fall zu Fall nach einer Rangordnung den Bedürfnissen entsprechen.

Ausbildung von Kranführern: Dies ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit des Gemeinderatsausschusses VII mit dem Personal der Verwaltungsgruppe und jenen Stellen, die für die Ausbildung zu sorgen haben, also mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut und der Arbeiterkammer.

Novellierung der Bauordnung: Es muß klargestellt werden, daß wir nicht die Redakteure der neuen Bauordnung sind. Wir haben nur die sachlichen Materialien zu sammeln, zu sichten und in den Redaktionssitzungen zu vertreten. Die Erstellung einer neuen Bauordnung ist tatsächlich eine sehr schwierige Aufgabe. Die Vorarbeiten reichen bis in das Jahr 1960 zurück. Der bisherige verhältnismäßig langsame Vorgang ist darauf zurückzuführen, daß in der ersten Phase der Arbeiten die wichtigsten und schwierigsten Materien zu behandeln waren, so zum Beispiel Probleme der Stadtentwicklung, der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, des Verkehrsnetzes, der Parkraumfrage und viele andere, über die natürlich verschiedene Ansichten herrschen, die vom fachlichen Standpunkt aus koordiniert werden müssen. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Arbeiten in Hinkunft rascher vor sich gehen werden. Was die Vorwürfe gegen die Baupolizei betrifft, so wies der Referent darauf hin, er habe schon im Vorjahr gesagt, daß der Zuzug von Ingenieuren im öffentlichen Dienst im zunehmenden Maß geringer werde. Man kann es den jungen Leuten nicht verdenken, daß sie in ihrem Alter nicht schon an die Pension denken. Eine wirkungsvolle Gegenmaßnahme wäre es, die Anfangsbezüge zu ergänzen.

Über den Abbruch von alten Häusern entscheidet im Rathaus eine Dreierkommission, die in jedem Fall sehr gründlich prüft. Auch die Bezirksvorsteher sind in allen Fällen eingeschaltet. Wir müssen aber langsam aus den Wohnverhältnissen der Biedermeierzeit und der Gründerzeit herauskommen. Es sei auch bedauerlich, daß in Wien nach 1945 die Stadt vielfach auf den selben Punkten wieder aufgebaut wurde, an denen sie zerstört worden ist. Hier wurden viele Chancen vertan.

Zu den Debattenbeiträgen über das Friedhofswesen bemerkt Vizebürgermeister Dr. Drimmel, natürlich sei die Frage der Feuerbestattung ein Problem, das den Raum und die Kosten und die Arbeitskraft angeht. Er halte aber dafür, daß die Totenbestattung eine so ernste Angelegenheit ist, daß man sie nicht allein von diesen Determinanten abhängig machen soll. Er begrüße jedenfalls die Entideologisierung dieses Streitfalles.

Warum der große Aufwand für den Ausbau der Halle II im Zentralfriedhof? Um auch den A-Katholiken für größere Begräbnisfeierlichkeiten geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen. Auch hier soll das Toleranzprinzip zur Geltung kommen.

Bei den Verkehrsangelegenheiten wurde die Kürzung der finanziellen Mittel kritisiert. Aber die Phase der ersten Ausstattung ist vorbei. Die jetzt beginnende Phase braucht nur zu "komplettieren". Im übrigen sei aber auch die Polizei gegen die wachsende Tendenz, an allen Kreuzungen zunächst ein Verkehrszeichen hinzustellen, dann ein Stopzeichen und schließlich eine Lichtsignalanlage. Sollten die Mittel im Laufe des Jahres nicht ausreichen, wird es sicher möglich sein, Nachtragskredite zu bekommen.

Zum Vorwurf der "Vermastung" meint der Vizebürgermeister, daß die "Schönheit der Arbeit" beträchtliches Geld koste. Allein die Verkabelung verdreifacht, vervierfacht, ja verzehnfacht die Kosten einer Lichtsignalanlage. Wir müssen eben abwägen, ob Sicherheit oder Schönheit an erster Stelle steht.

Zum Schienenparkverbot: Hier ist eine Neuregelung unterwegs. Wenn wir eine neue Generalnorm erlassen, aber gleichzeitig so viele Ausnahmeverfügungen treffen und so viel zu verschildern haben, daß die Hälfte der Generalnorm wieder aufgehoben wird, dann müssen wir sagen, so kann es nicht geschehen.

An diesem Punkt sind wir nun angelangt. Was jedenfalls die Gumpendorfer Straße betrifft, so hoffe er, noch im Lauf dieses Jahres, einen geeigneten Lösungsvorschlag vorlegen zu können.

Zu dem allgemeinen Vorwurf der Unvollkommenheit der Verkehrsmaßnahmen stellt Vizebürgermeister Dr. Drimmel fest, daß Wien die einzige Stadt außer Prag sei, die sich ihre historische Altstadt bewahrt hat. Wer die Altstadt erhalten, und sie nicht gleichzeitig vom motorisierten Verkehr ausschließen will, der wird mit einem System von Kompromissen und Aushilfen rechnen müssen.

Öftere Überprüfung von Verkehrszeichen: Die diesbezügliche gesetzliche Bestimmung wird von der zuständigen Magistratsabteilung pflichtbewußt eingehalten und das Sichten und Lichten findet statt. Die Bemühungen zu entschuldern werden aber bei weitem durch die Wünsche aufgehoben, die nach neuen Verkehrszeichen und neuen Lichtsignalanlagen erhoben werden.

Zur besseren Haltbarkeit von Bodenmarkierungen: Es werden derzeit neue Materialien geprüft. Der Forderung nach öfterem Überstreichen wird kaum entsprochen werden können, da die Leistungsfähigkeit der Kontrahenten bereits ausgelastet ist.

Ein Merkblatt für die KFZ-Kontrolle wurde ausgearbeitet und der Schulung des Überwachungspersonals wird großes Augenmerk zugewendet.

Einbahnen im 1. Bezirk: Hier liegt ein vielschichtiges Problem vor, und wir müssen die Probezeit abwarten. Im Jänner wird in einer Forumdiskussion darüber gesprochen werden und darnach soll erst die endgültige Regelung erfolgen.

Wien wird selbstverständlich nicht instande sein, den gesamten Verkehr durch Computer regeln zu lassen. Das hängt von dem Charakter unserer Stadt ab. Wir werden die Prüfungszeit abwarten und dann das zuständige Hochschulinstitut mit einer unvoreingenommenen Prüfung betrauen. Über das Ergebnis dieser Prüfung wird den Gemeinderat berichtet, und erst wenn feststeht, daß unserer Versuch geglückt ist, werden wir uns mit der Frage zu beschäftigen haben, ob es eine Einrichtung auf Dauer ist und wenn ja, ob wir an anderen Punkten in der Stadt ein ähnliches Experiment vornehmen sollen.

Zur automatischen Steuerung von Signalanlagen: Es gibt einige Punkte in unserer Stadt, wo es nicht möglich sein wird, die händische Regelung durch vollautomatische zu ersetzen. Auf der anderen Seite müssen wir auch der Tatsache Rechnung tragen, daß es zu wenig Verkehrsposten gibt. Die 24-Stundenschaltung bei den automatischen Verkehrslichtsignalanlagen soll beibehalten werden. Zur Länge der Phasen ist zu sagen, daß sich einerseits die Fußgänger über eine Benachteiligung beklagen, andererseits die Autofahrer. Wir werden hier eine mittlere Linie halten müssen. Die aufgezeigten Fälle sollen jedoch überprüft werden, um etwaige Benachteiligungen der Fußgänger zu verhindern.

Zum Halteverbot in den Hauptstraßen unserer alten Vororte: Die Vorortestraßen sind seit der Barockzeit mit unserem Handel besiedelt und haben sich an einen bestimmten Rhythmus des Liefer- und Verkaufsverkehrs gewöhnt. Es ist zu hoffen, daß man auch hier eine Einigung finden wird.

Zur Heranziehung der Mittelspur als dritte Fahrbahn: Die Stadtverwaltung ist grundsätzlich bemüht, dreispurige Fahrbahnen nicht zu bauen, beziehungsweise werden vorhandene geändert. Die Brüsseler Situation ist mit der Wiener nicht zu vergleichen. Wir haben zum Beispiel mit unserem Ring eine Verkehrsstraße mit einer Breite von fast hundert Meter, aber in jeder Richtung nur zwei Fahrspuren. Es geht halt nicht, daß man gleichzeitig auf die Erhaltung des Alten drängt, dabei aber breitere Straßen für den Autoverkehr verlangt.

Zur Breitenfurter Straße: In der letzten Sitzung der Verkehrskommission hat die Besprechung dieses Straßenzuges einen Großteil der Beratungen ausgemacht. Verschiedene Anschläge auf die Flüssigkeit des Verkehrs konnten abgewehrt werden. Nun wurden wieder verschiedene individuelle Wünsche vorgebracht, die bei der seinerzeitigen Behandlung nicht berücksichtigt wurden. Man wird sich neuerlich mit diesen Fragen beschäftigen müssen. Zur Aufklärung der Fußgänger über das richtige Verhalten im Verkehr könnten Rundfunk, Presse und Fernsehen viel beitragen, und sie tun es auch. Unsere Aufgabe kann es nur sein, diese Eihrichtungen mit ausreichendem Material zu versorgen.

Den Antrag der SPÖ, Taxikonzessionen betreffend, ersucht der Vizebürgermeister dem zuständigen Ausschuß zur weiteren Behandlung zuzuweisen. Er ruft in Erinnerung, daß es in Wien nicht nur deswegen zu wenig Taxis gibt, weil wir zu wenig Konzessionen ausgeben, sondern weil vor allem die alten Taxifahrer, haben sie ihr durchschnittliches Tageseinkommen erreicht, aus dem Verkehr ausscheren. Das ist menschlich verständlich, führt aber gerade bei Verkehrsspitzen zu Engpässen. Derzeit haben wir 500 Bewerber um eine Konzession, können aber nur einen Bruchteil berücksichtigen.

Zu den Forsten: Das Kontaktkomitee zwischen Wien und Niederösterreich besteht nach wie vor. Es hat das Österreichische Institut für Raumplanung mit einer Testuntersuchung beauftragt und es finden die Sitzungen unter Beteiligung der Wiener und niederösterreichischen Stellen regelmäßig statt. Für die Erhaltung der Landschaft sei es jedoch wichtig, daß in dieser Landschaft Menschen leben, denen sie die Heimat ist. Wir müssen uns daher bemühen, die kleinen Dörfer im Wienerwald zu erhalten. In dem Problem des Landschaftsschutzes steckt daher auch ein wirtschaftliches Problem. Das heißt also, unsere Erholungslandschaft im Umkreis Wiens wird umso lebendiger, schöner und bleibender sein, als es uns dort gelingt, auch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung intakt zu halten, die nun einmal zu einer lebendigen Landschaft gehört.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

16. Dezember 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 4000

"Rathaus-Korrespondenz"-Rekord: 4.000 Seiten
=====

16. Dezember (RK) Die "Rathaus-Korrespondenz" kann heute in eigener Sache einen kleinen Rekord feiern: Zum erstenmal seit ihrem Wiedererscheinen im Jahr 1945 (frühere Vergleiche wären nicht möglich) erreichen wir innerhalb eines Jahres die Blattzahl 4.000. Der 3.000er wurde im Jahr 1961 erreicht.

Dieser neue absolute Rekord, der heute aufgestellt werden konnte, ist vielleicht ein Beweis dafür, daß sich in Wien "etwas tut"; denn über nichts kann man nichts schreiben.

Unser Mitleid gilt an diesem Tag besonders den Wiener Kommunalberichterstattem, die alle diese 4.000 Seiten zumindest in der Hand gehabt haben.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Zusammenarbeit in der Wiener Koalition

Abschließend dankte der Vizebürgermeister den Debattenrednern. Die Beamten seiner Geschäftsgruppe mögen ihm nicht böse sein, weil sie durch seine Anwesenheit nicht den Vorzug genießen, daß auch die Opposition dieser Geschäftsgruppe zustimme. Dr. Drimmel stellt fest, er lege Wert darauf, daß sein Profil nach rechts und nach links klar bleibe. Er stelle sich die Zusammenarbeit in der Koalition vor und nicht außerhalb der Koalition, mögen diese Experimente auch noch so verheißungsvoll sein. Er betrachte eine Koalition auch nicht als die schmutzige oder schlechte Form der Demokratie und die Konfrontation als die gute. Die englische Demokratie mit dem System der Konfrontation von Regierung und Opposition sei sicherlich gut, aber das schweizerische System der Koalition und des Proporzsystemes ist deswegen keine schlechte Art der Demokratie. Er glaube, es handle sich dabei nicht um prinzipielle Notwendigkeiten, sondern um Zweckmäßigkeiten und er bejahe die Zweckmäßigkeit, die wir hier im Rathaus in der Form der Zusammenarbeit aufrecht erhalten.

Er habe in der Bundesregierung den Untergang der Koalition von 1954 bis 1964 erlebt. Er habe sie in der Zeit erlebt, in der sie noch eine echte Jagdgesellschaft mit einer gemeinsamen Strecke gewesen ist. Er habe dann die spätere Zeit erlebt, in der jeder Partner seine eigene Strecke nach Hause gebracht hat. Das ging auch noch. Aber es ging nicht mehr, als die Partner nicht mehr auf die Strecke geachtet haben, sondern sich gegenseitig gelegentlich eine Ladung Blei in den Hintern gejagt haben. Eine solche Koalition könne er sich nirgends vorstellen, weder im Parlament noch im Wiener Gemeinderat. Grundsätzlich möchte er feststellen, daß er nicht die Absicht habe, hier ein politisches Altersausgedinge zu verbringen, sondern daß er eine Lebensaufgabe zu erfüllen habe. Er sei wie Kennedy der Meinung, daß es eine geordnete Nachbarschaft zwischen einem fortschrittlichen Christentum und einem fortschrittlichen Sozialismus gebe. Darüber kann man verschiedener Ansicht sein, aber das sei eben seine Meinung und danach richte er seine Arbeit aus, sowohl die politische, als auch die in der Verwaltungsgruppe VII.

Ich habe einmal ein großes Reich verwaltet, aber ich bin nicht traurig darüber, daß ich jetzt eine kleine, runde, heitere Welt habe, in der ich glücklich zuhause bin, schließt der Vizebürgermeister. Ich bitte, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VII zuzustimmen."

Der Vorsitzende, GR. Planek (SPO), stellt unter dem Gelächter des Auditoriums fest, daß nach der Geschäftsordnung der Waffengebrauch im Gemeinderat nicht gestattet ist.

Bei der darauffolgenden Abstimmung werden die Budgetansätze der Verwaltungsgruppe VII mit den Stimmen der SPÖ und OVP angenommen. Der SPÖ-Antrag wurde einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Sitzung. Die Budgetberatungen finden morgen, Samstag, ihre Fortsetzung mit der Behandlung der Verwaltungsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen). Referent ist Stadtrat Hubert Pfoch.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -